

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 12. Dezember 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Aufruf aller Gewerkschaften gegen die Reparationslast und gegen den Terror!

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben sich in gemeinsamen Besprechungen mit der politischen und wirtschaftlichen Lage eingehend beschäftigt. An den Besprechungen waren beteiligt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der AfA-Bund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB.), der Deutsche Beamtenbund (DBB.), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich) und der Gewerkschaftsring (H.-D.). Die Spitzenverbände wenden sich mit folgender gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit:

„In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kredit-Systems herbeigeführt.

Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredites ist die zentrale, wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung ent-

zogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der inneren Lage Deutschlands notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungsstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es sind zumeist die ärmsten Söhne des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis für einander wecken sollte. Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen volkszerstehenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbehaftete, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt!“

Alles in der Schwebe

Die neue Notverordnung spukt nun schon seit Wochen herum, und noch immer wird die Veröffentlichung verzögert, weil — nach Angabe Brünnings — die endgültige Formulierung und Festlegung der Beschlüsse noch nicht gefunden sein soll. Soviel aber hat man bereits vernommen: Die Beamtengehälter sollen um weitere 10 Proz. gesenkt werden. Es bleibt nur offen, ob am 1. oder 15. Januar 1932. Natürlich ist dabei gedacht an einen weiteren allgemeinen Lohnabbau auf der ganzen Linie. Und zwar will man das herbeiführen durch „elastischere Gestaltung“ des Gesamttarifwesens, die mit Hilfe des behördlichen Schlichters erreicht werden soll. Daneben soll eine „Großaktion für Preissenkung“ erfolgen. Man spricht auch davon, daß der ehemalige Kriegsernährungsminister und — nicht zu vergessen — Großagrarter Batoeki als Reichskommissar für Preissenkung fungieren soll. Alle Erfahrungen auf diesem Gebiet zwingen zu äußerster Skepsis (Zweifel). An die allgemeine Senkung der Mieten wagt man sich nicht heran, sondern es soll nur bei Neubauten durch teilweisen Verzicht auf Zinsen und Tilgung bei Hauszins-

steuerhypotheken eine Mietenkung erzielt werden. Damit würden aber den Gemeinden weitere Lasten aufgedrückt zu den ohnehin schon vorhandenen Fehlbeträgen. Es ist noch eine Erhöhung der Umsatzsteuer geplant, die bisher in der Regel eine Verteuerung fast aller Produkte mit sich brachte!

Die Tagespresse hat nun zwar in den letzten Tagen Stimmung gemacht unter der Devise: „Erst Preissenkung, dann Lohnherabsetzung“ als Motto für die neue Notverordnung. Es würde uns freuen, wenn das richtig wäre; wir können aber beim besten Willen der Regierung Brünnings solche Taten nicht zutrauen. Sie hat bisher weder energisch die Kartellpreise, noch die Markenartikel unter Kontrolle genommen. Trotz aller Korruptionsercheinungen in der privaten Wirtschaft sowohl als auch vor allen Dingen im privaten Bankleben ist bislang nichts Durchgreifendes geschehen. Es sei denn, man zählt die Garantien des Reiches für die D.-Banken dazu. Eine Hilfe, die wiederum in erster Linie den Kapitalisten zugute gekommen ist.

Nun hat am 4. Dezember eine Abordnung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion (Breitscheid, Grafmann, Hert

und Hilferding) mit Brüning über die neue Notverordnung wie auch über den notwendigen Kampf gegen Faschistenterror verhandelt. Die Vertreter der Arbeiterschaft brachten kategorisch zum Ausdruck — entsprechend den Beschlüssen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des ADGB-Bundesauschusses —, daß der Versuch, die Löhne weiter zu senken und die Lohnsenkung durch Eingriff in das kurzfristige Tarifrecht zu ermöglichen, sowie einen weiteren Abbau der Sozialversicherung vorzunehmen, auf den entschiedensten Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stoßen werde. Ebenso ist der Regierung angekündigt worden, daß wir dem Nazi-Terror nicht länger abwartend zusehen werden, falls die Regierung nicht schärfere Maßnahmen dagegen trifft.

Merkwürdigerweise hat die Ankündigung, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die Regierung Brüning — falls sie in ihren volkswirtschaftlichen Irrtümern beharrt — unter keinen Umständen weiter tolerieren, bei den Kommunisten heftige Debatten ausgelöst. Die „Rote Fahne“ behauptet, wie schon so oft, daß die Sozialdemokratie damit die Nazis in den Sattel heben wolle! Alle die Wochen vorher hatte sie bekanntlich getobt, daß die Regierung Brüning bereits eine Faschisten-Regierung sei und die Sozialdemokraten gewissermaßen die Steigbügelhalter des Faschismus. Jetzt, da die Sozialdemokratie nüchtern erwägt, welche Mittel und Wege sie finden kann, damit die Nazis, selbst wenn sie an die Regierung kommen sollten, nicht zuviel Porzellan kaputt schlagen können, ist es auch wieder nicht recht. Wenn dieses Durcheinander Politik sein soll, so können uns die Gläubigen dieser Politik nur leid tun.

Inzwischen ist die Affäre mit den Bogheimer Dokumenten in ein neues Stadium getreten. Der Oberreichsanwalt hat Anklage gegen Dr. Best erhoben und die gesamte bürgerliche Presse rückt nun wohl oder übel von diesem nicht legalen Hitlerknaben ab. Dazwischen gibt es freilich immer wieder noch Stimmen im Hugenberg-Lager, die solche verbrecherischen Bürgerkriegspläne als eine harmlose Angelegenheit darstellen. Es muß sich ja freilich bald zeigen, ob unsere Gerichte in diesem Falle mit zweierlei Maß messen oder den Rechtsputzschiffen das Handwerk legen.

Um aber für alle Fälle die Kampffront der Gewerkschaften im Falle eines Nazieinbruchs so breit wie möglich zu gestalten, ist mit Recht in der Gewerkschaftspresse die Frage aufgeworfen worden, ob wir in Anbetracht dieser Notzeit nicht alle kleinfachen Bedenken der verschiedenen gewerkschaftlichen Heerhaufen zurückstellen können, um die ganze Kraft der organisierten Arbeiterschaft einzusetzen. Die Diskussion ging zunächst zwischen der „Metallarbeiter-Zeitung“ und der Wochenschrift des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter, dem „Regulator“. Darüber hinaus hat nun aber Theodor Leipart in einer gründlichen Betrachtung in Nummer 49 der „Gewerkschafts-Zeitung“ die folgenden drei Fragen, die der „Regulator“ aufwarf, beantwortet:

„1. Soll die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft Arbeiter aller Parteien umfassen ohne Unterschied ihrer politischen Meinungsverschiedenheiten? Haben zum Beispiel auch Arbeiter, die nicht sozialistisch denken, Raum und Arbeitsmöglichkeit? Die Mitgliedschaft der Gewerkschaft darf nicht auch zur Mitgliedschaft zu bestimmten Parteien verpflichten! Daß die Gewerkschaften mit den Parteien arbeiten, die ihnen vermöge Programm und Zusammenlegung nahestehen, ist in jahrzehntelanger Übung allgemein klar gestellt und anerkannt. Aber es gibt doch auch für jeden einzelnen ein Recht zur Meinungsfreiheit und dies muß gesichert sein.

2. Schärfere noch gilt diese Frage für religiöse Meinungsfreiheit. In den Gewerkvereinen gibt es gute Katholiken, Protestanten, Juden usw. neben Atheisten oder Angehörigen vieler Freikirchen. Die religiöse Glaubensfreiheit ist eine der empfindlichsten Gefühlsfragen in jedem Organisationsleben. Wenn auch vielleicht die Einigung aller Arbeiter auf eine gemeinsame Organisation nur erst allmählich und schrittweise er-

folgen kann, so würde jede Entscheidung leichter sein, wenn die religiöse und kulturpolitische Meinungsfreiheit für alle Mitglieder ganz sichergestellt wäre.

3. Die Gewerkschaftsbewegung muß einen entschlossenen Kampf gegen die kommunistisch-bolschewistische Revolutionstreiberei führen. Sie muß in aller Entschiedenheit, ohne Rücksicht, den Kampf führen für eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, für gesteigerte Anteilnahme an den Gütern der Kultur und Zivilisation. Sie muß dem Staate, der Nation, der Republik, der Demokratie dienen. Dazu gehört der entschiedene Kampf gegen ein klassenkämpferisches, reaktionäres Unternehmertum. Die positiven Forderungen der Gewerkschaften nach Wirtschaftsdemokratie, Tarifvertrag und Tarifgemeinschaft bleiben natürlich unverändert.“

Leipart kommt, kurz gesagt, zu der Feststellung, daß das Recht der Meinungsfreiheit in politischen Dingen innerhalb der Gewerkschaften bereits gewährleistet sei. Wenn Ausschüsse wegen politischen Verhaltens erfolgt sind, so nur dann, wenn die gewerkschaftliche Taktik und Disziplin durchbrochen worden ist. (Sonderausstellung von Betriebsratslisten usw.) Bezüglich der zweiten Frage sagt Leipart: „Die religiöse Glaubensfreiheit des Mitgliedes muß gegen jeden Zweifel sichergestellt sein. Nur muß Glaubensfreiheit einhergehen mit religiöser Duldsamkeit. Neben einer religiösen Gesinnung, die von überlieferterem Geist der Kirche geprägt ist, hat jede andere, die auf einem von dieser Ueberlieferung freien Weltbilde beruht, ihr volles Daseinsrecht. Weder die religiöse noch die antireligiöse Meinung hat einen Anspruch auf eine bevorrechtete Stellung innerhalb der Gewerkschaften. Anders natürlich, wenn die Kirche als Organisation sich gegen allgemeine gewerkschaftliche Forderungen sperrt, wie das hier und da geschehen ist. Dann müssen natürlich die Grundsätze der Gewerkschaften entscheidend sein. Leipart wirft auch dabei die Frage auf, ob nicht die Agitation infolge der Konkurrenz der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sowohl in der Frage der Religion als auch der Partei eine erhebliche Rolle gespielt hat. Sie müßte ihre Bedeutung vollends verlieren, wenn die Konkurrenz dieser Agitation fortfiel. Endlich betont Leipart die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung, „dem Staate, der Nation, der Republik, der Demokratie zu dienen“. Die Errichtung des kollektiven Arbeitsrechts hat den Gewerkschaften den sozialen Inhalt einer neuen Rechtsordnung gegeben. Auch hier sind alle Gewerkschaftsrichtungen gleich in ihrem Wesen.

Im Kampfe gegen alle Gefahren, die dem demokratischen republikanischen Staate und den Rechten der Arbeiterschaft drohen, muß der gemeinschaftliche Kampf aller Gewerkschaften eingesetzt werden, ganz gleich, ob diese Gefahren von „kommunistisch-bolschewistischen Revolutionstrebereien“ oder von anders gearteten offenen oder getarnten Umsturzbestrebungen wie bei den Nationalsozialisten heraufbeschworen werden.

Soweit die Ausführungen Leiparts, die sich im großen und ganzen mit den unsrigen decken. Allerdings möchten wir auch keine Illusionen aufkommen lassen. Wir könnten uns wohl denken, daß die weltanschaulich-politischen Differenzen mit den Hirsch-Dunckerschen überbrückt werden könnten bis zur Verschmelzung. Etwas schwieriger dürfte es sein, mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die ihre Million Mitglieder zu erheblichem Teil in geographisch begrenzten Gebieten des Westens und Südens hat, weitergehende Bindungen zu erreichen.

Hingegen kann bei den jetzigen weiterhin bestehenden Abwehrkämpfen die gemeinsame Front noch stärker verankert und betont werden.

Leider liegen die Dinge bei den Kommunisten, soweit sie der Parole ihrer von allen Göttern verlassenen Führung folgen, zur Zeit noch ungünstiger. Ganz unmöglich aber ist die Duldung der Nazihorden innerhalb der Gewerkschaften. Diese Feststellungen — so selbstverständlich sie sind — sollen wir uns klar vor Augen führen.

Soll Gewalt vor Tarifrecht gehen?

Die Arbeitgeberorganisationen wollen heute nachholen, was sie nicht einmal in der Inflation fertig brachten, nämlich die Gewerkschaften vernichten. Sie wollen ihre wirtschaftliche Macht restlos auswirken lassen, um diesem für sie so erstrebenswerten Ziel näher zu kommen. Alle politischen Hilfsmittel und -truppen werden herangezogen, um den Sieg zu erreichen. Es finden sich rechts und links Fanatiker genug, die in ihrem politischen Haß nicht merken, daß sie nur für das Kapital Schergen- und Bütteldienste leisten, wenn sie landauf, landab die Mär verbreiten: an allem Uebel sind nur die Gewerkschaften schuld. „Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Abbau der Lebenshaltung und der Sozialpolitik, alles ist allein durch die Gewerkschaften verschuldet.“

Nieder mit den Tarifverträgen! rufen die Scharfmacher. Nieder mit den Gewerkschaften! schreien die Rechts- und Linksradikalen, die bisher noch diese Sicherung gegen rückwärtslose Ausbeutung aufrechterhalten haben. Noch genieren sich die Arbeitgeber, auf der ganzen Front in das Geschrei einzustimmen. Noch gibt es einige, die als ehrliche Kaufleute gewertet werden wollen. Wer 10 bis 20 Jahre lang Vertragspartner der Gewerkschaften gewesen ist, dem steht es in schlechten Zeiten nicht gut an, die Beseitigung dieses auf Treu und Glauben geschaffenen Rechtszustandes zu verlangen.

Die Diplomaten unter den Arbeitgebern reden dann von der Elastizität, von der Auflockerung der Tarifverträge. Sie meinen, wenn im Tarifvertrage die Unabdingbarkeit für den Einzelbetrieb aufgehoben wird, dann wird das Grundrecht der Tarifverträge gesichert. Im Grunde ihres Herzens wünschen sie eine Auflockerung mit so weiten Mäßen, daß das Tarifvertragsrecht hindurchfällt. Dazu gehört auch der Schrei nach den kurzfristigen Tarifverträgen. Keine Verbindlichkeitsklärung, das sei politischer und unfittlicher Zwang. Wenn die Gewerkschaften die Lohnabbandiktate der Arbeitgeber restlos anerkennen, dann kann das in die Form eines Tarifvertrages gekleidet werden. Keine Allgemeinverbindlichkeitsklärung, denn es lebe die Schmutzkonkurrenz, die uns zwingt, selbst auch noch die Löhne abzubauen.

Was die Unternehmer letzten Endes beabsichtigen, führt zur restlosen Drosselung der Kauf- und Steuerkraft der deutschen Arbeiterklasse und der Schichten des Mittelstandes, die auf Gebeih und Verderb miteinander verbunden sind. Das alles ist letzten Endes Landes- und Hochverrat. Aber der Staatsanwalt soll erst noch geboren werden, der die Anklage erhebt.

Man wirft auch heute noch den „Bonzen“ der Gewerkschaften vor, daß sie demagogisch alles benutzen, was den Interessen der Gewerkschaftskollegen dient. In bezug auf Demagogie sind alle Gewerkschaftsbonzen Waisenkinder gegen die grundsatzlose Heuchelei der Spndizi der Arbeitgeberorganisationen.

Heute ist das Feldgeschrei „Elastizität und Kurzfristigkeit der Tarifverträge“. Was sagten die Unternehmer aber früher? Schon im Geschäftsbericht der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (VDA) vom Jahre 1921, Seite 54, wird von der „Krisis des Tarifgedankens“ geredet. Diese Krisis aber wird — man staune — „auf die dem Tarifvertrag wessensfremde Kurzfristigkeit zurückgeführt“. Meißinger, der Oberspndizi des VDA, schrieb dazu im „Arbeitgeber“ Nr. 1/1921, S. 2, das Folgende:

„Der Wert der Tarifverträge lag vor dem Kriege darin, daß sie langfristig abgeschlossen wurden“. . . „Es wurde also mit anderen Worten der Tarifvertrag eines seiner wesentlichsten Bestandteile der Stetigkeit im Arbeitsverhältnis amlich entkleidet. Auch 1923 beschwert sich die VDA in einem Gutachten, daß „in kurzfristigen Lohnabstufen die Inflationspolitik fortgesetzt wird.“

Ein erheblicher Teil der Arbeitgeberverbände stand und steht auch heute noch auf dem Standpunkt, eine bezirkliche oder zentrale nach Ortsklassen abgestufte Lohnregelung zu vereinbaren. Nur die reaktionärsten Elemente schreien nach der Elastizität der Betriebs- oder gruppenweisen Lohnregelung. Dabei denken sie immer an den einzelnen Arbeiter als die kleinste Gruppe. Bemerkenswert und Herrn Stegerwald zur Beachtung zu empfehlen ist der Standpunkt des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, der schon 1919 in einer Broschüre ganz energisch für eine bezirkliche und zentrale Regelung der Löhne eintrat. Vielleicht merkt sich das RAM folgende Feststellung von Dr. Brauns:

„Die Ausdehnung der Lohnfragen aus den Reichstarifverträgen und ihre Ueberweisung in örtlichen Verhandlungen . . . kann nur als Notbehelf angesehen werden, der im Interesse einer einheitlichen Lohnpolitik baldigst beschrankt werden muß, wenn nicht die ganze bisherige Anwendung der Tarifverträge gefährdet werden soll.“

Das gilt auch für Bezirkstarifverträge. Die Entwicklung hat Dr. Brauns recht gegeben. Herr Stegerwald oder die Verantwortlichen im Reichsarbeitsministerium bemühen sich zurzeit darum, daß Dr. Brauns mit seinen Befürchtungen recht behält. Alles unter dem Motto „Grundsätzliche Anerkennung des Tarifvertragsrechtes“, aber ohne Tarifvertrag.

Die Unternehmer (und das Reichsarbeitsministerium?) befürchten, daß durch Bezirks- oder Reichslohnverträge „das sozialistische Gleichheitsideal und die kalte Sozialisierung“ herbeigeführt werden. Vor dem Kriege waren sie noch nicht so ängstlich. Damals glaubten sie zum Teil taktisch besser beim Reichslohnvertragsrecht zu fahren und waren auch aus wirtschaftlichen Gründen für eine Bezirks- oder Reichsregelung.

In einem Gutachten der VDA von 1923 findet sich folgender Satz, der zum Evangelium der Arbeitgeber geworden ist.

„Es kann nicht Aufgabe der Lohn- und Tarifpolitik sein, die freie (des Schmutz-) Konkurrenz zu unterbinden.“

Dieses Recht wird nur für Unternehmerkartelle verlangt. So ändern sich die Zeiten und die Grundzüge. — Im „Arbeitgeber“ Nr. 1, 1923, Seite 6, wird das folgende schöne Gelöbnis abgelegt:

„Wir werden im Tarifvertrag immer nur ein notwendiges Uebel erfinden können, das hier mehr, dort weniger wirtschaftsfördernd empfunden wird, in der Gesamtheit aber immer wieder wie jede Masseneinrichtung . . . den Persönlichkeitstrieb hemmt.“

Gemeint ist der Persönlichkeitstrieb ungehemmter Ausbeutung der Arbeitskraft. Heute fordern die Arbeitgeber, daß die Tariflöhne Höchstlöhne sein sollen und um Prozente betriebsweise oder für den einzelnen Arbeiter abgedungen werden können. Das ist die neueste volkswirtschaftliche Weisheit.

Vor dem Kriege vertraten die Arbeitgeber auch einmal die Auffassung, daß der Tariflohn Höchstlohn sei und nach unten abdingbar sein müsse. Damals war der Tarifbruch der Arbeitgeber durch das Urteil des Reichsgerichts „rechtlich“ sanktioniert. Für das Tarifvertragsrecht bestand noch ein Ausnahmerecht.

Auch noch in der Inflationszeit sollte der Tariflohn als Höchstlohn gelten. Ein Dr. Karl Friß begründet in seinem Werk „Die Stellung der Arbeitgeber und Arbeiter zum Tarifvertrag“ das sehr geschmackvoll damit, daß „besonders in der Inflationszeit und in der ersten Zeit nach der Inflation . . . die in den Tarifverträgen niedergelegten Löhne in der Regel schon so hoch waren, daß darauf besondere Leistungszulagen nicht auch noch gegeben werden konnten.“ Wir empfehlen, den Verfasser schleunigst zum Oberspndizi der VDA zu machen oder ihn im Einverständnis mit derselben zum Staatssekretär im RAM zu ernennen.

Von 1924 ab wendete sich das Blatt. Die VDA verfocht mit aller Energie den Gedanken des tariflichen Mindestlohnes. Damit sollten die Spannen zwischen den Gelernten und Ungelernten vergrößert und der Leistungslohn durchgeführt werden. Nach Auffassung der VDA wurde nicht nur in den Lohngruppen, sondern auch für den einzelnen Betrieb die notwendige Elastizität herbeigeführt. „Wo die Art der Arbeit es gestattet, sollte der Festsetzung nach Mindestlöhnen der Vorzug gegeben werden“ (Schriften der VDA, Heft 4). Auch im Geschäftsbericht der VDA 1925/26 wird festgestellt, daß sich der Begriff des „Tariflohnes mit dem des Mindestlohnes deckt“. Von Arbeitgeberseite wurde 1925/26 behauptet, daß da, wo die Höchstlohnpolitik der Inflationsjahre beibehalten wurde, dem Wiedereingangkommen der Wirtschaft Schranken gesetzt wurden. Der geringe Zugang an gelernten Arbeitskräften und die Neigung zur Auswanderung der Facharbeiter zwang zu der in Richtung von Mindestlohnverträgen liegenden Reform der Lohnpolitik. Diese „Reform“ ist fast restlos durchgeführt, die Auflockerung, die Elastizität wurde nach Beschäftigungsart und Betrieb durchgeführt.

Heute werden alle volkswirtschaftlichen und lohnpolitischen Weisheiten der Industriekapitäne und ihrer Adjutanten über den Haufen geworfen. Man glaubt die Macht zu haben, um die deutsche Arbeiterklasse auf den Höchstlohn der Inflationszeit zurückzuführen zu können. Wollen die christlichen Gewerkschaftsführer in Regierungsstellen hierzu hilfreiche Hand leisten? Sie müßten wissen, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk nur gerettet werden kann, wenn man die Arbeiterklasse leben und nicht langsam verkommen läßt. Den deutschen Arbeitern möchten wir raten, nicht auf Regierungsweisheit zu hoffen. Die einzige Hoffnung, daß die Pläne der Arbeitgeber zu schanden werden, ist die gewerkschaftliche Einheitsfront. Diese wirkungsvollste Abwehrfront zu schaffen, ist vornehmste Aufgabe des Tages.

Paul Schulz.

Genehmigungspflichtiger Einzelhandel?

In der Zeit vor dem großen Krieg lief die Liebesgabenpolitik, die kaiserliche Regierung und bürgerliche Parteien für die Kraut- und Schlotjunker betrieben, unter der ebenso schönen wie falschen Stichmarke „Schutz der nationalen Arbeit“. Für die kleinen Unternehmer im Handel und Handwerk erfindet man den „Schutz des Mittelstandes“, die „Mittelstandspolitik“. Aber so wenig die Schutzpolitik die Großagrarien und Großindustriellen befriedigte, so wenig erwarb sich die Regierung mit ihrer Mittelstandspolitik, die oft mittelalterlichen Geist atmete, das Wohlwollen des Mittelstandes. In beiden so sorgfältig von der kaiserlichen Regierung betreuten „Erwerbsständen“ gab es Leute, die sogar mit dem Ueberlaufen zur Sozialdemokratie drohten. Diese „Gefahr“ bestand sicher bei dem kleinen Mittelstand, dessen berechtigten Interessen die Sozialdemokratie schärfer vertrat, als die Wortführer dieser Schicht. Aus der Sorge vor dieser Abwanderung entstand die antisemitische Bewegung, deren Führer es gelang, vor allem den Mittelstand hinter sich zu bringen. Im Versprechen und in Forderungen ohne Grenzen, in ihrer Agitation ebenso wüst wie heute die Hitlerbuben, brachten sie sogar Arbeiter hinter sich, deren Interessen sie auf dem Kadentisch des Kleinhändlers oder Handwerkers opferten.

Positiv und wirtschaftlich geht von den Stöcker, Ahlwardt und Pückler ein gerader Weg zu Adolf Hitler. Wie jene antisemitische Bewegung hat auch die Nazibewegung den „Schutz der Schwachen“ gegen das jüdische raffende Kapital — im Handel gegen die Warenhäuser und „ähnliche großkapitalistische Betriebsformen des Einzelhandels“ — auf ihre Fahnen geschrieben. Inwieweit die Hitlerbewegung über den Dreischraffenradau „hinausgewachsen“ ist, das zu untersuchen liegt nicht in der Absicht dieser Arbeit, die sich im folgenden nur mit dem Kampf der Nazis gegen den Handel und die Handelsarbeiter beschäftigt.

Anfang November wurde im Münchener Stadtrat mit allen (!) Stimmen ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, der der Stadtverwaltung nahelegt, die Reichsregierung durch die Städteorganisationen zu ersuchen, für Warenhäuser, Einheitsgeschäfte und „ähnliche großkapitalistische Betriebsformen des Einzelhandels“ die Genehmigungspflicht vorzuschreiben. Maßgebend soll die Bedürfnisfrage sein. Einbezogen wurde in den Antrag die „Bekämpfung der Auswüchse“ im Warenhauswesen, die Forderung nach Beschränkung des Ausverkaufs usw. Ist es schon bedenklich, daß der Naziantrag einstimmig angenommen wurde, was die „Dofische Zeitung“ mit dem Kleinbürgercharakter Münchens erklärt, so stimmt es bedenklicher, daß dieser Vorstoß gegen die Rationalisierung im Einzelhandel — gegen die Unerwünscht des zersplitterten Kleinhandels ist die Zusammenfassung in Warenhäusern und „ähnlichen“ Handelsgroßbetrieben die vernünftiger Form — von Regierungen unterstützt wird. So hat die bayerische Regierung „angesichts des Ueberhandnehmens der Einzelhandelsgroßbetriebe (Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte usw.) eine Besprechung des Reichs mit den Länderregierungen angeregt.“ In bayerischen sogenannten Mittelstandskreisen hofft man, daß dieser Schritt ihrer gehorhamen Regierung mindestens dazu führen wird, daß ein numerus clausus eingeführt wird, wobei man sogar auf die Unterstützung der bestehenden Warenhäuser hofft.

In ähnlichen Gedankengängen (numerus clausus) bewegte sich die Aussprache über diese Frage in der Sitzung der mittelhüringischen Industrie- und Handelskammer. Es wurde als „Notmaßnahme“ ein Verbot der Errichtung neuer Warenhäuser usw. „allgemein für die Dauer von zwei Notjahren“ vorgeschlagen. Die Nazis haben den Antrag bereits im Landtag eingebracht.

Die Stellungnahme der bayerischen Regierung und des Stadtrats München ist um so bemerkenswerter, als sich kurz vorher die Industrie- und Handelskammer München trotz aller Bindungen schließlich doch mit großer Schärfe gegen die Beschränkung der Gewerbefreiheit wandte. Das Industrie- und Handelsgremium Ingolstadt hatte nämlich die Industrie- und Handelskammer München aufgefordert, sich für einen Antrag einzusetzen, der sich mit dem der Münchener Nazis deckte. Bei der Behandlung des Antrags verwies der Syndikus der Münchener Kammer, Dr. Bunk, darauf, daß der Artikel 164 der Reichs-

verfassung dem selbständigen Mittelstand ein Anrecht auf Schutz gegen „Aussaugung durch die großkapitalistischen Unternehmungen der Warenhäuser, der Einheitspreisgeschäfte und der Konsumvereine“ gebe. Aber, setzte er hinzu, die Einführung einer Erlaubnisvorschrift für Einzelhandelsgroßbetriebe sei ein so weitgehender Eingriff in die Gewerbefreiheit, daß sie dadurch gefährdet werde. Weiter zitierte er dann gegen den Artikel 164 die Artikel 111 und 151 der Reichsverfassung, die die Freizügigkeit und Freiheit des Erwerbs schützen. Auch sei der Begriff „großkapitalistisch“ so verschwommen, daß er nicht zur Grundlage eines Gesetzes gemacht werden könne, während die Frage nach dem „Bedürfnis“ zu einer „parteipolitischen Frage auswachsen“ werde. „Auch von wirtschaftlichen Gesichtspunkten und insbesondere vom Standpunkt der Arbeitslosigkeit aus könne wohl im Ernst einer Einschränkung der Unternehmertätigkeit in der Wirtschaft nicht das Wort geredet werden.“

Wie der Syndikus machte auch die Kammer eine Verbeugung vor dem Mittelstand, um in der Sache nein zu sagen. Zur Sache selbst sagt der Beschluß der Münchener Handelskammer:

„Gleichwohl kann einer solchen Forderung schon aus zwingenden wirtschaftspolitischen Gründen nicht zugestimmt werden. Gewerbefreiheit und freie Konkurrenz sind zwei Grundprinzipien der freien Wirtschaft und als solche in der Reichsgewerbeordnung und in der Reichsverfassung verankert. Die Gewerbefreiheit ist ein Gemeingut aller Kulturbilder geworden und hat in der Entfaltung der freien Unternehmerinitiative und der modernen Entwicklung von Handel und Verkehr die Wege geebnet. Der Verzicht auf dieses Grundrecht wäre gleichbedeutend mit einem Bekenntnis zur Zwangs- und Planwirtschaft.“

So verschwommen das Drum und Dran dieser Entschliebung ist, die zum Schluß für den Einzelhandel Entlastung durch Steuerfenkung und durch Neuregelung der Gewerbeordnung, des Wettbewerbsrechts sowie des Zugabewesens fordert, so klar und eindeutig ist ihr Kern: Ablehnung der Konzessionspflicht.

Wir sind der Münchener Entschliebung nachgegangen, weil sie die erste Willenskundgebung aus dem Mitgliederkreis des Industrie- und Handelstags ist. Diese wird sich mit der Frage befassen müssen, da vor Bayern bereits Württemberg an die Reichsregierung mit derselben Forderung herangetreten ist. Württembergs staatsparteilicher Minister will allerdings die Konzessionspflicht für Warenhäuser nur in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern. Aber neben dem Bedürfnis soll noch der Nachweis der „Zuverlässigkeit“ ausschlaggebend mitwirken. Ob Württembergs Staatsminister Herrn Schöndorf, bevor er die Karstadt-AG. an den Rand des Abgrunds brachte, die „Zuverlässigkeit“ abgeprochen hätte? Wir dürfen diese Frage ebenso ruhig verneinen wie die Frage, ob in Braunschweig und in anderen Hitlergauen einem Juden oder Republikaner die Zuverlässigkeit zugeprochen werden würde. Besonders im Handel mit „Gegenständen des täglichen Bedarfs“ soll die Zuverlässigkeit erprobt sein.

Wie es heißt, soll man im Reichswirtschaftsministerium über diese neue Welle der Mittelstandsretterei gar nicht erfreut sein. Der Antrag ist den Spitzenverbänden überwiesen worden, wo man ihm hoffentlich die Grabinschrift schreiben wird. Soweit der Mittelstand lebensberechtigt ist, wird ihn auch die Hilfe der Nazis nicht töten machen. Für die berechtigten Interessen einer Erwerbschicht, mag sie sich nennen wie sie will, ist die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung stets eingetreten. Aber kein Mensch denkt daran, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und der breiten Masse das Leben zu verteuern.

Die Handelsarbeiter, zu mehr denn 100 000 im Gesamt-Verband organisiert, sind an der Frage stark interessiert, da sie von Ausnahmegesetzen bisher stets nur Schaden hatten. Ein Teil der Sonderbelastung des Handels ist stets auf sie abgewälzt worden. Darüber hinaus haben sie wie alle Arbeiter noch ein weiteres sehr starkes Interesse an der Abwehr der Anschläge auf die freie Entfaltung der Warenhäuser und „ähnlicher“ Betriebe im Einzelhandel. Diese „ähnlichen“ Betriebe sind nämlich im Jargon der Mittelstandsretter die Konsumvereine. Wir brauchen uns nur vorzustellen, wie die Erlaubnisgenehmigung in Hitlerstaaten von Hitlerbuben oder Hitlerhörigen gehandhabt werden würde, um einig zu sein in dem Ruf: Verhindert die mittelständische Hitlerpfuscherei im Handel. C. C.

Verkehrsbetriebe in der Wirtschaftskrise

A. Reichsbahn.

Wir nannten die Verkehrsbetriebe, und hierunter vorwiegend die Reichsbahn, schon einmal das Wirtschaftsbarmeter. Es zeigt, daß die Wirtschaftskrise im Jahre 1931 schärfer geworden ist. Hatte die Reichsbahn in den acht Monaten Januar/August des Jahres 1929 eine Gesamteinnahme von 3553 Mill. Mk. zu verzeichnen, so sank diese für den gleichen Zeitraum 1930 auf 3087 Mill. Mk. und im Jahre 1931 auf 2598 Mill. Mk. Der Einnahmeausfall beträgt mithin für diese Monate gegenüber dem Vorjahr 15,8 Proz. und gegenüber 1929 sogar 26,9 Proz. Nimmt man die vorläufige Schätzung für September hinzu, so entsteht gegenüber dem gleichen Zeitraum 1929 ein Einnahmeausfall von 27,6 Proz. Demnach hat der Monat der beginnenden Erntetransporte keine Besserung gebracht. In den Monaten Juli/Oktober, den Monaten der höchsten Einnahmen, lag während der Jahre 1927 bis 1929 die durchschnittliche Monatseinnahme nahe bei 500 Mill.

Mark. Auch das Vorjahr brachte in diesen Monaten jeweils mehr als 400 Mill. Mark. Im Jahre 1931 ergab der Juli mit der höchsten Einnahme nur noch 347,4 Mill. Mk., während im August die Einnahme auf 325 Mill. Mk. und im September auf 320 Mill. Mk. sank. — Der Personen- und Gepäckverkehr ist in den acht Monaten nicht so erheblich wie der Güterverkehr gefallen. Er erbrachte annähernd ein Drittel der Gesamteinnahmen, und zwar 823 Mill. Mk. Diese Einnahme bedeutet gegenüber 1930 ein Minus von 12,7 Proz. und gegenüber 1929 16,4 Proz. Unter dem Einfluß der Bankenkrise und der regierungsseitigen Maßnahmen zur Drosselung des Auslandsverkehrs ist der sonst in den Monaten Juli und August übliche Spitzenverkehr kaum in Erscheinung getreten. Während in den Monaten Januar bis Juni 1931 der Rückgang im Personenverkehr gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1929 nur 12,8 Proz. betrug, ist in den genannten Monaten ein Abstieg von 24 Proz. gegenüber 1929 zu verzeichnen.

Im Güterverkehr wurden in den ersten acht Monaten 1569 Mill. Mk. eingenommen gegenüber 1905 Mill. Mk. im gleichen Zeitraum 1930 und 2306 Mill. Mk. im Jahre 1929. Der Einnahmeausfall im Güterverkehr beträgt somit gegenüber dem Vorjahr 17,6 Proz., gegenüber 1929 aber 32 Proz. Im August blieben die Einnahmen im Güterverkehr gegenüber 1929 sogar um 40,2 Proz. zurück. Dabei gingen die beförderten Tonnen um rund 40 Proz., die Stellung von Kohlenwagen im Ruhrgebiet um 39 Proz. zurück.

Zu einem nicht unerheblichen Teil wird der Rückgang auf den ungehemmten oder sogar geförderten Wettbewerb anderer Verkehrsmittel, wie Schifffahrt und Kraftwagen, zurückgeführt. Aber auch die Ueberlandversorgung mit Gas- und Elektrizität beeinflusst die Beförderungsziffern ungünstig.

Die bisherigen Tarifmaßnahmen, die einerseits durch Erhöhung Mehreinnahmen schaffen und andererseits durch Tarifiermäßigungen den Verkehrsbesitz erhalten oder steigern sollen, haben den Einnahmerückgang nicht verhindern können. Deshalb wurden auf der Ausgabenseite alle irgend möglichen Einschränkungsmaßnahmen getroffen. Es wurde versucht, die Betriebsleistungen dem gesunkenen Verkehr anzupassen. Diesem Vorgehen wären aber aus fahrplantechnischen und Wettbewerbsgründen Schranken gesetzt. Um ohne Beeinträchtigung der Verkehrshäufigkeit sich dem gesunkenen Verkehr anzupassen, wurde im Personenverkehr die Einführung von kleinen Zügen, Triebwagenfahrten und eine Kürzung der Züge versucht. Im Güterverkehr wurden Maßnahmen getroffen, um durch leichte Güterzüge die Bedienung des Stückgutverkehrs zu beschleunigen. Durch Rationalisierung in den Rangierbahnhöfen und durch Einschränkung der Besetzung der

Züge mit Zugbegleitpersonal wurden diese Bestrebungen auch zu Lasten des Personals fortgesetzt. Es wird angegeben, daß diese Maßnahmen und die Gehalts- und Lohnsenkungen eine Einschränkung der Ausgaben für die Betriebsführung sowohl an Personalkosten als auch an Aufwendungen für Betriebsstoffe und für sonstige Kosten 10 Proz. gegen 1929 zur Folge haben. Wir nehmen an, daß bei diesen Angaben die Senkung der Personalausgaben durch Feierlichkeiten und Entlassungen nicht berücksichtigt ist. Insgesamt wird ein Ausgabenrückgang von 21,5 Proz. gegen einen Einnahmerückgang von 26,9 Proz. angegeben.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1929 wurde ein Ueber-schuß von 38,7 Mill. Mk. erzielt, während in den gleichen Monaten 1931 ein Fehlbetrag von 191,5 Mill. Mk. angegeben ist. Im Voranschlag 1931 war ursprünglich mit einer Einnahme von 4,6 Millid. Mark entsprechend dem Ergebnis des Jahres 1930 gerechnet worden. Das Jahr 1929 brachte eine Gesamteinnahme von 5,4 Millid.

Mark. Für das Jahr 1931 kann zur Zeit nur mit einer Einnahme von 3,8 Millid. Mk. gerechnet werden. Das bedeutet gegenüber 1929 einen Rückgang von 1,6 Millid. Mk. oder um rund 30 Proz. Die Wirtschaftskrise und die Einwirkung des Wettbewerbs bringen also bei der Reichsbahn einen Rückgang der Einnahmen um fast ein Drittel gegenüber dem Jahre 1929.

B. Straßenbahnen.

Die deutschen Straßenbahnen haben im dritten Vierteljahr 1931 einen weiteren wesentlichen Rückgang an beförderten Personen zu verzeichnen. Wurden im dritten Vierteljahr 1930 noch 958,5 Millionen Personen befördert, so sank diese Zahl im gleichen Zeitraum 1931 auf 794,6 Millionen beförderte Personen. Das bedeutet einen Rückgang um 17,1 Proz. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 1929 mit einer Beförderungsziffer von 1125,3 Mill. Personen beträgt der Rückgang sogar 29,4 Prozent. In diesen Zahlen sind städtische Schnellbahnen einbegriffen.

Eine Unterteilung der Straßenbahnen nach der Einwohnerzahl des Einflußgebietes zeigt hinsichtlich des Verkehrsrückganges folgendes Bild (veröffentlicht in Nr. 48 von „Verkehr und Technik“ vom 27. November 1931):

Die bisherigen Tarifmaßnahmen, die einerseits durch Erhöhung Mehreinnahmen schaffen und andererseits durch Tarifiermäßigungen den Verkehrsbesitz erhalten oder steigern sollen, haben den Einnahmerückgang nicht verhindern können. Deshalb wurden auf der Ausgabenseite alle irgend möglichen Einschränkungsmaßnahmen getroffen. Es wurde versucht, die Betriebsleistungen dem gesunkenen Verkehr anzupassen. Diesem Vorgehen wären aber aus fahrplantechnischen und Wettbewerbsgründen Schranken gesetzt. Um ohne Beeinträchtigung der Verkehrshäufigkeit sich dem gesunkenen Verkehr anzupassen, wurde im Personenverkehr die Einführung von kleinen Zügen, Triebwagenfahrten und eine Kürzung der Züge versucht. Im Güterverkehr wurden Maßnahmen getroffen, um durch leichte Güterzüge die Bedienung des Stückgutverkehrs zu beschleunigen. Durch Rationalisierung in den Rangierbahnhöfen und durch Einschränkung der Besetzung der

Viel zuviel

Von einem Arbeitslosen

In Südamerika gibt es so viel Kaffee und so viel Weizen.
Ach, jeder Mensch möchte einmal Kaffee trinken oder Kuchen essen.
Doch dazu langt es nicht.
Man läßt statt dessen dort das Korn verheizen,
um für den Rest dann höhere Preise zu erpressen.

In USA. liegen Lager hoch von Baumwolle geschichtet.
Ach, jeder möchte einmal in einem neuen schönen Anzug gehn.
Doch dazu langt es nicht.
Die Baumwolle wird dort drüben einfach vernichtet.
Uns würde zum Faltengesicht ein neuer Anzug auch gar nicht stehn.

In Ostpreußen liegen Kartoffeln in tausend Hektaren draußen.
Ach, hätte man davon zehn Zentner nur im Keller!
Doch dazu langt es nicht.
Man läßt in den Kartoffeln die Käse, den Frost und die Säule
Und unter Verhungern geht so etwas schneller. [hausen,

Wir sind wie der Weizen, die Baumwolle, die Kartoffeln und der
Biel zuviel gibt es von uns in dieser verrückten Sphäre. [Kaffee.
Und deshalb langt es zu nichts.
Am besten schüttete man uns in die tiefste, tiefe See.
Womit die ganze Schwierigkeit auf einmal beseitigt wäre.

Einwohnerzahl des Einflußgebietes	Anzahl der Bahnen	3. Vierteljahr 1931		
		Anzahl der Personen- fahrten in Millionen		gegen
			1930	1929
			— Proz.	— Proz.
A. Straßenbahnen:				
Bis 50000 Gruppe 1	48	13,9	— 19,7	— 30,5
50000— 100000 Gruppe 2	41	38,9	— 17,9	— 26,5
100000— 250000 Gruppe 3	29	100,2	— 14,9	— 25,2
Gruppe 3a	7 ¹⁾	4,0	— 14,9	— 25,9
250000— 500000 Gruppe 4	10	116,1	— 12,4	— 23,7
Gruppe 4a	6 ¹⁾	12,8	— 13,5	— 24,3
500000— 1000000 Gruppe 5	10	253,0	— 15,2	— 36,9
Gruppe 5a	4 ¹⁾	15,3	— 18,2	— 27,8
Ueber 1000000 Gruppe 6	2	171,5	— 23,4	— 41,7
B. Schnellbahnen:	157	725,7	— 17,1	— 29,8
Gruppe 7	3	68,9	— 16,9	— 24,4
Insgesamt	160	794,6	— 17,1	— 29,4

¹⁾ Bahnen mit überwiegendem Ueberlandverkehr

Wie bei der Reichsbahn, suchen die Straßenbahnen die Ausgabensenkungen auch in der Hauptsache an den Personalkosten vorzunehmen. Entlassungen, Feierlichkeiten, Arbeitszeitverkürzungen und Lohn- und Gehaltsabbau sind die Mittel hierzu. Hiergegen kämpfen die freien Gewerkschaften einen schweren Kampf. Jeder Eisenbahner und Straßenbahner weiß, daß nur durch geschlossene Abwehr die Arbeitsstelle und der Lohn erhalten werden kann. Deshalb: **Hinein in den Gesamt-Verband! D. M.**

Rationalisierung

Ich kann es nicht unterlassen, mich mit der Arbeitslosigkeit, dieser verfluchten Geißel der Menschheit, zu befassen. So hat sich das Dasein in meiner Kindheit nie für uns geartet — sozusagen den Regeln der Natur entgegenlaufend. Etwas Neues hat sich eingestellt — damals hausten die Feinde des Armen bei offenem Tageslicht.

An den Giebeln der verfallenen, unansehnlichen Hütten gehen die Männer entlang mit scheelem Blick, mager und zu Boden gedrückt von dem langen Müßiggang. Rund um sie her liegt die Arbeit zuhause und wartet ihrer; es gibt so vieles zu verrichten, wie wohl nie zuvor. Aber die, welche gnädigst die Arbeit unter die schaffenden Hände verteilen, wollen nichts von ihnen; sie haben sich ausgebreitet zu tiefer Ruhe, eine schwere tote Taße über des Armen Dasein brekend.

Kann sie denn nicht von ihnen genommen werden, diese Todeslast? Vorläufig begreifen sie nichts von allem, sondern hieren nur wirr hinaus, die Augen von panischem Schrecken erfüllt. Krise, sagt man ihnen — für ein schlecht Ding ist ein Name so gut wie der andre! Arbeit und willige Hände — mehr hat die Welt noch nie bedurft, um etwas ausrichten zu können; und von beiden ist genug vorhanden, soviel kann wohl ein jeder sehen. Doch eine willkürliche Macht zwingt sie, dennoch tatenlos einherzugehen. — Ich kenne die meisten der Hüttenbewohner, doch heute wollen sie nichts mit mir zu schaffen haben. Erblicken sie mich, so schleichen sie auf die andre Seite der Hütte. — Oben am Königsweg hält ein gewaltiges Luxusauto allerneuesten Typs. Menschen stehen nicht dabei; aber ein Stückchen weiter, unten in den Feldern, die in endlosen Flächen sich über Tibberup und Espergaerde hinziehen und eine prächtige Aussicht über den Sund und die schwedische Küste gewähren, geht eine in Leder gekleidete Gestalt umher und schreitet das Erdreich ab. Die Arme hängen sonderbar tot von den Schultern herab, und die Person erfüllt mich mit heftigem Unbehagen, ehe ich noch ihr Gesicht gesehen.

Plötzlich — so plötzlich, daß ich zusammenfahre — wendet der Mann sich um und kommt mir schnell entgegen, eine unheimliche Erscheinung. Das Antlitz ist aschgrau und ohne Wärme, seine Arme reichen nur bis etwas unterhalb des Ellenbogens — er hat keine Hände! Ich habe jetzt lange die schweren müßigen Hände allzu lebhaft vor mir gesehen, und der Anblick eines Wesens ganz ohne Hände läßt mich in Entsetzen zusammenschauern.

„Schöner Morgen!“ nickt er. „Das richtige Wetter, um über Land zu fahren!“

„Sie sind wahrscheinlich draußen, um ein Dillengrundstück zu suchen?“ fragte ich. „Die Aussicht hier ist auch prächtig.“

„Nein, ich bin nur draußen, um vor dem Frühstück ein paar Höfe zu zerschlagen, zu Dillengrundstücken nämlich!“

„Daran ist eigentlich im voraus kein Mangel. Halb Seeland liegt in Parzellen zerteilt danieder und trägt Disteln statt des Kornes, das dort wachsen sollte.“

„Was sollte dort wachsen?“ Er blickt mich verständnislos an. „Brotgetreide!“ sage ich ein bißchen scharf.

„Nun ja, natürlich, Brotgetreide, selbstverständlich... Was sollte auch sonst dort wachsen. Derzeihen Sie, daß ich nicht gleich begriff.“ Seine Stimme klang spottend. „Brotgetreide, jawohl, was sonst? Andres darf ja auf der Welt nicht wachsen. Und trotzdem erschallt ein ewigliches Geschrei nach Brot. Ernstlich, mein Verehrtester, begreifen Sie, wer all das Kreaturfutter verzehrt? Ich für meinen Teil bin kein Brotfresser, meinetwegen mag man ruhig alles Brotgetreide von der Erdoberfläche vertilgen!“

„Ja, dann betrifft es freilich nicht Sie!“

„Nein, nicht wahr? Und ich muß bekennen, ich habe nicht einen Gedanken darauf verwendet, was da wächst oder nicht wächst. Die nützliche Seite des Daseins interessiert mich überhaupt nicht... Ich bin kein Utilitarier. Wo ich eine Chance entdecke, greife ich ohne Gewissensbisse zu. Ziele und sonstige Lächerlichkeiten überlasse ich den Ide... Ide... na, nennen wir sie in Gottes Namen Idealisten; Leute Ihres Schlages meine ich. Sie wollen ja auch leben.“

„Sie sind Kapitalist von reinstem Wasser!“

Der Fremde lachte höhnisch. „Kapitalist... herrje! Eines dieser Individuen, die ein paar lumpige Tausende oder Millionen

ihr eigen nennen, wie? Von reinstem Wasser... Gemach, gemacht! Aber ich bin doch etwas mehr, wenn Sie es wissen wollen. Ich bin der Geist des Kapitalismus selbst, seine Idee! Ja, betrachten Sie mich nur gründlich, da ich Ihnen nun einmal geradeswegs in die Arme gelaufen bin. Ich habe Ihnen und den andern immerhin etwas zum Nachdenken gegeben. Mein Geist ist es, von dem alle besessen sind, die am Wettlauf teilnehmen; in meinem Namen verschlingt der Starke den Schwachen und wird wiederum von dem noch Stärkeren verschlungen. Beginnen Sie die Folgen hiervon zu verstehen? Sie sind nicht eben zugunsten von den vielen. Gegenseitigkeit ist ein Gefühl der Unterklasse, nur dazu angetan, niederzuhalten; aber selbst bei einer Lebensrettung ist der wichtigste Griff der, womit man den Ertrinkenden von sich stößt. Darum sind Sie auf irriger Spur, junger Mann! Sie wollen alle an den Gütern des Lebens teilhaben lassen. Sie zerstreuen! Mein Ziel ist, alles in einer Hand zu sammeln, einer einzigen, verstehen Sie? Und die übrige Welt zu Proletariern zu machen! Das ist das Ideal des Kapitalismus, dessen tiefste Idee, und ich bin auf dem besten Weg, sie zu realisieren. — Nein, Sie haben sich mein Aussehen anders gedacht, ein elender Krüppel, von Ihrem erhabenen Nützlichkeitsstandpunkt aus betrachtet. Enttäusche ich Sie, Verehrtester? Apropos, Augen? Sie, der Sie in diesen Dingen bewandert sind, wo steht es eigentlich geschrieben, daß man nützlich sein soll? Und was ist Augen, mein guter Mann? Sie nennen das vermutlich Augen, viele lebende Wesen zu erhalten. Ich nenne es Verschwendung, wenn wenige alles verrichten können. Ich sehe nicht ein, warum man jene Art von Individuen am Leben erhalten soll, wenn man ihrer nicht bedarf.“ Er wies mit dem Armstummel nach einer der Hütten hinüber, wo ein von der Arbeit gebeugter Erdarbeiter geschäftig hastete.

„Das ist der fröhliche Jakob“, sagte ich. „Ein verbrauchtes Gestell ist er, aber gut gegen die Kinder und die Frau. Er gehört zu den vielen, die nach besseren Zeiten seufzen.“

„Ich fürchte, er und die andern werden vergebens seufzen dürfen. Krise, sagen Sie vermutlich — ebenso wie alle andern; aber wissen Sie denn auch, was das eigentlich ist? Ich bin dabei, mich zu konsolidieren; das ist es, was — unter uns gesagt — vor sich geht. Der Kapitalismus ist im Begriff, sein Gebiet zu begrenzen: das Ungeheuer, das alles umspannende, zieht sich wieder zusammen. Ich habe Wehen, wissen Sie — Krisen; und durch jede Wehe wird eine neue Schaar Geschöpfe außerhalb des Daseins gesetzt. Mit dem Mittelstand und dem kleinen Gewerbetreibenden bin ich seit langem fertig, nun ist dieser hier an der Reihe: die fleißige Faust! Sollte es wider Erwarten nicht glatt abgehen, so schiebe ich mit ein bißchen General-Lockout hinterdrein; ich überlege mir es schon. Es ist wahrlich an der Zeit, sie aus dem Dasein zu befördern, diese veralteten, primitiven Wesen, die die Produktionskosten dadurch belasten, daß sie Frau und Kinder erhalten müssen, und die jetzt obendrein mit einer Seele aufwarten, auf die Rücksicht genommen werden soll, die uns teuer zu stehen kommt. Der Arbeiter, dieser Urtyp einer Maschine, dürfte wirklich dem Industriemuseum überwiesen werden; und das zu tun, bin ich gerade im Begriff. Haben Sie ein einigermaßen feines Ohr, so werden Sie die Maschinen gleichmäßig durch die Arbeitslosigkeit surren hören; diese ist nämlich nicht mehr absolut identisch mit Stillstand der Betriebe. Was hergestellt werden soll, wird es auch, mein Guter. Die berechtigten Ansprüche darauf besitzen, Bedürfnisse zu haben, sind nicht viele an der Zahl, und es werden noch weniger werden. Auf der andern Seite werden die Maschinen immer vollkommener. Wir nähern uns der Lösung der sozialen Frage.“

Sie wäre übrigens schon gelöst, hätten Staat und Gemeinden nicht künstlich einer Unzahl Individuen, hinter die der private Betrieb schon längst ein Kreuz gemacht hat, Schutz geboten. Ich denke an all diese kleinen Angestellten, Kondukteure usw. Wenn das Privatkapital allein zu bestimmen hätte, so würde es bald das Ganze automatisch machen; die Maschinen arbeiten nun einmal besser — und stellen keine dummen Forderungen. Die fleißigen Hände — wie das im Grunde klingt, mein Lieber! Lassen Sie uns doch darüber einer Meinung sein, daß die, welche mit den Händen arbeiten, keine Menschen sind; der Mensch braucht nur das Gehirn. Darf ich das Vergnügen haben, mit Ihnen eine



Martin Andersen-Nexø

Fahrt in meinem neuen Auto zu machen? Es ist wirklich sehr gut."

„Ihr Chauffeur ist doch aber nicht hier?“

„Ich brauche keinen Chauffeur. Sehen Sie den Helm dort auf dem Ständer? Habe ich ihn auf dem Kopfe, so nimmt das Auto den Befehl direkt von meinem Hirn entgegen; das Ganze ist sehr einfach, die Maschine ist auf dem besten Wege, sich selbst bedienen zu können. Mein Ziel ist, wie gesagt, alles in einer Hand zu vereinigen, und darum ist es notwendig, sich von allem unabhängig zu machen. Und in erster Linie von diesen begeisterten fleißigen Händen, die alle Sentimentalität der Gegenwart auf sich ziehen.“

Sie blickten mich so boshaft verstehend an! Jawohl, selbst fehlen mir die Hände! Ich wurde so geboren, der Mangel ist vermutlich durch eine tiefe Antipathie in mir entstanden. Ach, ich neide gewiß keinem diese fünfvingrigen Pfoten, die den Menschen daran hindern, sich frei zu machen. Sie wollen nicht fahren? Nun wohl, gehen wir also. Erweisen Sie mir nur den Dienst, die kleine Drahtleitung dort auf meiner Mütze anzubringen. So, danke! Der Hände Hilfe gänzlich zu entbehren, ist mir noch nicht gelungen; ich habe es noch nicht erreicht, meine Gedanken drahtlos auf das Auto zu übertragen. Doch das kommt noch.“

Wir schlenderten langsam den Weg hinauf, die schwerfällige Maschine folgte uns getreulich auf den Fersen wie ein Hund, der an einer dünnen Leine geführt wird. Der Fremde starrte geradeaus, die weißen Zähne wurden bei seinem scharfen Grinsen sichtbar:

„Je nun, warum es ableugnen: ich hasse diese dummen Hände, die obendrein zu drohen wagen. Der Müßiggang läßt düstere Gedanken in seinen unfreiwilligen Opfern entstehen, behauptet man ja; mag sein, daß sie hineinstürmen und die Maschinen zerbrechen, um selbst heranzukommen, und die Entwicklung einen langen Schritt zurückbringen! Ich habe aber auch diese Möglichkeit vorausgesehen; bei dem geringsten Murren setze ich sie auf Minimalration. Hungersnot, verstehen Sie? Sie ist eine meiner besten Bundesgenossen; es existiert überhaupt keine andre Hungersnot als die, die ich ins Werk setze. Ich könnte sie alle zugrunde richten wie die Fliegen und die Natur die Schuld daran tragen lassen, den Ertrag der Erde zerstören, daß sie innerhalb weniger Tage umkämen, unterernährt, wie sie — unter uns gesagt — sind. Ich liebe den Gedanken aber nicht, denn wer soll sie aus dem Wege räumen? Sie sehen, ich bin nicht sentimental, ich lasse sie einfach sich selbst beiseite schaffen: hungere sie aus, der Rest kommt dann von selbst, Mumien riechen bekanntermaßen nicht! Die kleinen Kinder haben ja die geringste Widerstandskraft, besonders, wenn sie keine Muttermilch bekommen. Darum lasse ich auch die Arbeitslosigkeit nicht die Frauen entgelten, die Säuglinge haben.“

Sie meinen, ich sei ein Teufel, Verehrtester? Ich schmeichle mir jedenfalls damit, Satans göttlich kaltes Hirn zu besitzen. Kann man sich eine teuflischere, großartigere Erfindung als die meine denken? Geld, das ist Blut und Schweiß und Tränen der Menschheit selbst — alles was sie gewirkt und gewünscht und erträumt hat — eingeschmolzen in ein kaltes Metall. Wertmesser, wie bitte? Glauben Sie wirklich auch an den Unsinn? Es war übrigens nur ein Witz von mir! Nein, aber ein herrlicher Akkumulator für alle Werte ist es bei Gott — das Geld; ein großartig einfaches Mittel, alles zu umspannen und die Welt zu beherrschen: das einzig mögliche. Durch Geld kann ich, so lächerlich es klingt, alles am Leben erhalten oder vernichten, wie ich eben will. Ich kann sämtliche Lebensbedingungen der Welt in meinen feuer- und diebesichereren Geldschrank einschließen. Ist das nicht genial?

Meine Erfindung hat noch eine vortreffliche Eigenschaft, es klebt kein moralisches Vorurteil an ihr: Geld riecht nicht! Jedes andre Gewerbe verpflichtet den Ausübenden im Hinblick auf Schönheit oder Nutzen; ich aber bringe mit Freude die nützlichen Gewerbe zum Stillstand und setze statt dessen Torheiten in Gang — wenn ich meinen Vorteil davon erblicke. Und tatsächlich: eine falsche Spekulation ist häufig mehr wert für mich als eine gute; ich gebe sie am besten dort, wo etwas zerbricht. Das Elend ist mein Element!

Halb-Nordseekand liegt verwüstet, in öde Dillengrundstücke eingeteilt. Sie waren bereits so freundlich, mich darauf aufmerksam zu machen. Ich wußte es übrigens, junger Mann, ich habe selber daran gehaucht. Nein, Korn wächst freilich nicht auf ihnen; statt dessen wachsen dort aber Taler! Kein Erdboden ist so gut für das Gedeihen von Geld wie der, der mit Schwindel gedüngt ist. Ja, gewiß, mein Dasein läuft in entgegengesetzter Richtung

zum Lebensstrom, mein Element ist der Denen unreines zurückfließendes Blut. Die Lösung der großen Nahrungsfrage ist auch niemals meine Sache gewesen; im Gegenteil, der vielen Wohlgergehen ist für mich nicht günstig. Na, mein Ehrgeiz liegt auch nicht gerade auf diesem Gebiet. Ich habe in meinem Dasein mehr Kornfelder niedergebrannt als ich besäete.

In dieser Zeit feiere ich übrigens einen Triumph. Ich habe versucht, unwirksam dazuliegen und herausgefunden, daß dies eine neue und einbringende Erwerbsform ist: absolut die vorteilhafteste, die ich bisher erprobt. Und die idealste: Unkosten und Arbeit bis auf das Mindestmaß beschränkt. Ich habe keinen Grund, über die schlechten Zeiten zu klagen.

Im allgemeinen bin ich sehr zufrieden; es gibt nicht ein Ding, das sich nicht zu meinem Besten gewendet hätte. Man klagt darüber, daß es nicht mehr möglich ist, die Wirkungen eines Gesetzes zu überblicken. Ich muß sagen, das begreife ich nicht. Schauen Sie einmal in meine linke Westentasche hinein: einige schmutzige Millionen, die nach Kuhstall riechen, was? Das ist der Uberschuß der Staatsanleihe an den Häusern und Kleinbauern. Und so ist die Gesamtlage. Kein Gesetz ist so verrückt, daß ich nicht Seide dabei spänne. Selbst durch die Gesetze, die das Eigentumsrecht beschneiden sollten, verdiene ich Geld.

Und nun leben Sie wohl, junger Mann! Ich muß zur Stadt und einen Brotkrust gründen als Stütze für die schlechten Zeiten. Und sie selbst werden natürlich vor Sehnsucht danach brennen, mich recht unter die Zange zu nehmen!“

Er sprang in seinen Wagen und winkte zum Abschied mit seinen beiden Armstummeln. Der Messingarm des Ständers senkte den Helm über seinen Kopf hinab, das Auto sprang vorwärts und war im nächsten Augenblick in einer Staubwolke verschwunden. Der Fröhliche Jakob stand vor seiner Hütte und guckte staunend, mit hängendem Unterkiefer.

„Zum Satan, war das ein Tempo, das der arme Teufel da anschlug“, sagte er, „man sollte glauben, das Jüngste Gericht sei ihm auf den Fersen. Ihm solltest du, meiner Treu, einen Hagel nachschicken, ehe er alles überfährt!“

M. A. Neß ö in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“.

Hundfunkstörer

Hallo, Amt! Hallo! — Freilein!, verbinden Sie mich mal mit der Schöerungsschelle für Rundfunkteilnehmer. Bei uns ist nämlich... was, das indressiert Sie nicht? Sie, das wer ich Ihren Direkter sagen! Das muß Sie indressieren! Was, das bedirft nicht Ihre Zuschändigkeit? Sie hamn bloß die Verbindung herzuschellen? Was reden Sie denn da erscht so lange, da bschellen Sie doch die Verbindung her!... Ich dort Schöerungsschelle fr Rahdjo-Heerer? Ja? Also hier ist Frau Schamel, Forschtchraße 11333, wo und drinne das Grienwargeschäft ist. Sie, Sie müssen mal bei uns komm. Sonst bezahlen mir untre zwee Mark nicht mehr. So kann das nicht weitergehen. Zum Ofstragen hamn mir uns doch das Rahdjo nicht gekooft. Das kenn mir billiger hamn, da brauchen mir kee Keenigswunderhausen drzu, um wie die Schdazjoahn alle heezen. Was ist? Obb mir enn Ferdacht hamn? Was heest Ferdacht? Mir sinn uns folkkomm in klarn, was das für Gereische sinn. Wissen Se, das ist so ä blesliches Drzwischen-gewidshere, — also da müssen Sie off jeden Fall einschreiben. Wie, bidde, ob das ä Basdler-ist? Aee, das ist der Fogelzicker bei uns in dr dritden Ehdasche. Soweit sinn mir schon, daß mir das raushamn. Insofern hamn mir Jhn' de Arweid schon abgenomm. Was ist — Aee, nee, so ist das nicht gemeent. Rabau machen die Feegel weider keen. Wenigdens heern mir da nicht drfon, weil mir doch in erschten Schdodt wohn', unner der wohnt, wie gesagt, in dritden. Unn das hädde ja ooch weider nicht midr Rahdjo-Dechnik zu duhn, das wäre ja bloß gans gewöhnlicher ruheshöerender Lärm. Das ginge ja Sie nicht an als Schöerungsschelle. Aww das ist ne richdige elektrische Angelegenheet. Was mein Sie? Ob der fillleicht enn hinsdlichen Bruhd-Abberhd hat? Gibbos denn das? Sie, das isses erschde, was ich da drfon heer. Aww ich gloowe nicht, daß der da een hat. Wie ich den kenne, ist der da fiel zu geizl drzu. Den seine Feegel wern ihre Eier wohl selwer ausbrieden müssen, ohne solche neimodche Hilfsmittel. Wie? Anderich kenn Sie sich das nicht erklärn, daß der unsern Empfang schöerert. Aww mir kenn uns das erklärn! Das sinn die Feegel selwer, die unser Wellnsystem durchenanderbring'. Die müssen ärgendwie falsch abgeschdimmmt sinn, oder ich weest ooch nicht, emende knabbern die an dr Welln rum, oder ierwlaern fillleicht die Sendeshdärken. Was? Das wär nicht meeglich? Aww nadierlich ist das meeglich! Was wolln Se, das dähd nicht in de Naduhrgeschäfte neinbassen? Da warn Sie stielleicht grade krank, wo sie das gehäbt hamn in dr Schule. Komm Se nur mal her um ierzeigen Sie sich selwer, daß das die Feegel sinn. Was andres kommt garnicht in Bedracht. Oder fr was dähden die dr sonst — Wellnsidde heezen?

W. Appelt i. „Süßl. Volkstbl.“

Durch Vernunft zur Kraft

Es hat nicht den Anschein, daß die hemmungslose Eigensucht der Wirtschaftsführer der Notwendigkeit, Wirtschafts- und Finanzwesen auf eine vernünftige Bahn zu lenken, Platz machen wird. Die Schiedsprüche zur Lohnregelung in den öffentlichen Betrieben haben das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Regierung nicht bestärkt. Man wandelt die ausgetretenen Bahnen kapitalistischer Sanierungspolitik mit Subventionen und Lohnabbau. Die Regierung muß Gerechtigkeit in der Lastenverteilung heucheln und an das Gefühl der Volksgemeinschaft appellieren, um ihre eigenen Anhänger bei der Stange zu halten. Es zeigt sich die ganze Ausweglosigkeit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Man könnte diesen Zustand als einen Erfolg der Arbeiterbewegung bezeichnen, wenn er durch ihren Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft entstanden wäre. Ist es aber nicht gerade der mangelnde Einfluß der Arbeiterbewegung gewesen, was den Wirtschaftsführern zur Steigerung der Produktion und zur Verringerung der Konsumfähigkeit den Anreiz gab? Wer gab denn die Lösung nach Verlängerung der Arbeitszeit, nach Rationalisierung heraus? Wer wetterte dauernd gegen die „hohen“ Löhne und wollte immer wieder beweisen, daß nur mit niedriger Bezahlung der Arbeitskraft eine Gesundung der Wirtschaft möglich sei?

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung Brüning zeichnen sich durch Colerierung des Besitzes und Aggressivität gegen die Besitzlosen aus. Ihr Respekt vor Eigentum und Besitz läßt Ueberlegungen dahin, die Sanierung der Finanzen und der Wirtschaft von der Besitzseite aus anzupacken, nicht zu. Die Berufung des Wirtschaftsrates und die Zurückstellung schwerwiegender wirtschaftspolitischer Maßnahmen bis nach Abschluß der Beratungen zeigt, daß auch der Regierung das Vertrauen in die Tüchtigkeit der Wirtschaftsführer abgeht. Dafür wirbt sie aber in beweglichen Worten um das Vertrauen der breiten Volksmassen und stellt dabei je nach Sachlage ethische oder materielle Gesichtspunkte heraus. Auf der Zentrumstagung wurde erklärt, daß ein Gefühl der unbedingten Gerechtigkeit im Volk Platz greifen müsse. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt sprach Stegerwald gegen die Ansicht, daß die Herabsetzung der Löhne das Allheilmittel zur Ueberwindung der Krise sei. Aber in beiden Fällen hat man sich über Maßnahmen, die den Besitz zur Tragung der Lasten heranziehen, ausgesprochen. Das Vertrauen der breiten Massen läßt sich nur erreichen und erhalten, wenn man die Vernunft walten läßt und ohne Rücksicht auf hergebrachte Formeln das Gesamtziel, Steigerung des Verbrauchs und Beschleunigung des Waren- und Geldumlaufs, ins Auge faßt. Deshalb Schaffung neuer Bedürfnisse. Es widerspricht doch aller Logik, wenn die Warenlager voll sind, ein großer Teil der Betriebe stillliegt, Millionen von Menschen ohne Beschäftigung sind und die Verbraucher, die die Warenlager leer machen können, zur Bedürfnislosigkeit angehalten, ja, durch Entziehung der Mittel am Verbrauch gehindert werden. Mit der einseitigen Rationalisierungsmanie hat jeder Betriebsbesitzer den Drang verspürt, es Ford nachmachen zu müssen, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des Absatzmarktes hat die deutsche Wirtschaft Backöfen gebaut, wo Brotbacken notwendiger gewesen wäre, Betriebsanlagen errichtet und modernisiert, die heute nicht ausgenutzt werden können. Die Amortisation dieser Anlagen soll jetzt durch Herabsetzung des Lohnanteils am Produkt, also auf Kosten der Arbeitnehmer vor sich gehen. Eine Inflation mit anderen Mitteln könnte man das nennen. Während Hugenberg die Entwertung des Geldes verlangt und damit seine Schulden bezahlen bzw. nicht bezahlen will, will das gesamte Unternehmertum die finanzielle Entwertung der Arbeitskraft, um mit den eingesparten Lohnsummen die Kredite zurückzahlen zu können. Aus diesem Grunde ist es auch erklärlich, daß einer Lohnsenkung um 20 Proz. immer nur eine Preissenkung von etwa 5 Proz. folgt. Die anderen 15 Proz. verschwinden spurlos. Der Unternehmer bucht sie als Betriebs- oder Spekulationsgewinn und nennt die Anlagen nach Zurückzahlung der Kredite sein Eigentum. An diesem Eigentum, das durch die Vorenthaltung des vollen Arbeitsertrages der Arbeitnehmer entstanden ist, sollen diese keinen Anteil haben, aber die entstehenden Unterhaltungskosten sollen sie gleichwohl mit aufbringen. So wird aus der Wirtschafts- und

Finanzkrise ein Geschäft für den Unternehmer, der nach Hitler den Arbeitern noch eine Wohltat erweist, indem er ihnen die Erarbeitung seines Eigentums gestattet.

Diese den Charakter der kapitalistischen Wirtschaft kennzeichnenden Tatsachen mit ihren nationalen und internationalen Auswirkungen sind die tatsächlichen Ursachen der Krisen alter und neuerer Zeit. Sie richtig erkennen, heißt für ihre Beseitigung, für die Verwirklichung des Sozialismus eintreten.

Die Festsetzung der zur Aufrechterhaltung der staatlichen Gemeinschaft notwendigen Grenzen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen spiegelt sich national durch die Sozialpolitik und international durch die Zollpolitik wider. Je nach der Einstellung der politischen Macht wird sich die Sozialpolitik zugunsten der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber gestalten, die Gestaltung der Zollpolitik wird sich der internationalen politischen Kräfteverteilung und den hiernach notwendigen Bedürfnissen der Volkswirtschaft anpassen müssen. Daß wirtschaftliche Interessen gleichbedeutend mit politischen Interessen sind, ist hiernach klar. Dieser Gleichklang der Wirkungen wird auch durch Aufstellung ethischer, moralischer, idealistischer und vor allen Dingen nationalistischer Gesichtspunkte nicht aufgehoben. Ebenjowenig ist es möglich, die Einwirkung des politischen Kräfteverhältnisses auf Lohn und Preis, auf die Lebenshaltung zu leugnen.

Wenn aber das erkannt wird, dann sind die Ergebnisse der politischen Wahlen krisenverschärfend, die Auswirkungen der Wahlen aber für die Arbeitnehmer schädlich gewesen. Sie haben die Position der Unternehmer gestärkt, die der Arbeitnehmer geschwächt. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen ist die Lohn- und Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning so stark von den sich zu Unrecht Wirtschaftsführer nennenden Leuten beeinflusst, daß die ganzen Lasten der Krise auf die Arbeitnehmer zur Auswirkung kommen.

Diese Tatsache braucht nicht näher erläutert zu werden, sie wird jedem Arbeitnehmer täglich und stündlich — den wirtschaftlich Schwächsten am deutlichsten — zum Bewußtsein gebracht. Selbst die sogenannten Wirtschaftsführer leugnen diese Tatsache nicht, sie begründen sie aber mit der eigenen Not und mit der „marxistischen“ Mißwirtschaft in der Gesetzgebung und den öffentlichen Betrieben. Sie stellen die Dinge so hin, als ob die Einflußnahme der Arbeiterbewegung auf Politik und Wirtschaft so stark gewesen ist, daß für die freie Entfaltung der produktiven Kräfte des Unternehmertums kein Platz mehr war. Gewiß kann mit Stolz gesagt werden, daß die Einflüsse der Arbeiterbewegung die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Betriebe gefördert, die Schlüsselindustrien in der Preispolitik gehindert, die Gewinnquote gedrückt und den Arbeitnehmern ein besseres Dasein garantiert hat. Aber das alles ist nicht auf Kosten der Unternehmer vor sich gegangen, die ja immer wieder ein Loch zum Entschlüpfen gefunden haben, es ist nicht zur Einschränkung der persönlichen Initiative des einzelnen, sondern zur Verhinderung der Ausplünderung der Produzenten und Konsumenten, zur Verhinderung der persönlichen Bereicherung am Volksvermögen geschehen. Wenn der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Gestaltung der Wirtschaft und Gesetzgebung so stark gewesen wäre wie man es hinzustellen beliebt, dann gäbe es keine Krise mit ihren Begleiterscheinungen. Wie viele Menschenleben und Werte könnten dann gespart und zum Besten des Volksganzen ausgenutzt worden sein. Die für die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen aufgewendete Zeit und Kraft wäre dann gewiß in ihrem Nutzeffekt der Volkswirtschaft zugute gekommen.

Was für die Verhinderung von Krisen — Abgleichung zwischen Produktion und Bedarf, zwischen Preis und Einkommen, zwischen Einzel- und Gemeininteressen — gilt, gilt auch für die Ueberwindung derselben. Wenn die Arbeitnehmer gegen Lohnabbau und für Preisherabsetzungen eintreten wollen, müssen sie sich in die Front der Arbeiterbewegung auch auf politischem wie wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete einfügen.

Die Arbeiter der Deutschen Reichs- post zum Beispiel haben Lohnabbau nach Lohnabbau über sich ergehen lassen müssen. Sie haben die ganzen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die ungerechte Handhabung der Lastenverteilung zu spüren bekommen. Diese hierin zum Ausdruck kommende Anwendung der wirtschaftlichen Macht einer verhältnismäßig kleinen Volksschicht und der Verwaltungsbürokratie hat berechtigte Empörung, die sich nach dieser oder jener Richtung fördernd oder hindernd bemerkbar macht, hervorgerufen. So sozial

sich die gewollten und ungewollten Befürworter der Einkommensminderung gebürden, so unsozial, so unwirtschaftlich ist der Erfolg ihrer Bestrebungen. Die Wohltat der Arbeitszeitverkürzung wird unter den Händen kapitalistischer Machthaber zum Fluch. Aus der Fessel der Fronarbeit für ein fluchwürdiges System macht die bewußte oder unbewußte Vergrößerung der industriellen Reservearmee eine Wohltat. Den Bestrebungen der Gewerkschaften wird durch Spekulation auf die Dummheit der Massen ein Widerstand entgegengesetzt, der bei den unerfahrenen Massen zu dem Glaubensbekenntnis „Es nützt ja doch alles nichts“ führt, und seinen Gipfelpunkt in der Befolgung verwaschener extremer Parteiparolen findet. Gerade das Personal der Reichsbetriebe, das an der direkten Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur indirekt beteiligt ist, das durch ihr Arbeitsverhältnis dem offenen Kampf um Lohn und Brot entzogen und damit halb in der Gedankenwelt eines in seiner Existenz gesticherten Standes lebt, ist der gefühlsmäßigen Beeinflussung am leichtesten zugänglich. Aus dem Wirrwarr der Meinungen über Politik und Wirtschaft reizt das Neue, Ideen, die aus sozialen und reaktionären Gedankengängen zusammengebraut, dem anerzogenen Gefühl und zurück-

gebliebenem Verstand gerecht werden. Das ist kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung von Tatsachen, die ihre Ursachen in Erziehung und Umwelt, in die der einzelne gestellt ist, finden. Es dient aber auch zur Abwägung der gewerkschaftlichen Kräfte und des gegenseitigen Vertrauens, wenn die gefühlsmäßige, gedankliche und praktische Einstellung der Beteiligten absolut klar zu erkennen ist. Nur so haben wir die Dinge, die in ihrer Auswirkung zur Verzweiflung treiben können, zu sehen. Nur so können wir in die Aufklärungsarbeit der Arbeiterbewegung das Vertrauen setzen, jedem einzelnen das Bewußtsein seiner Klassenlage einzuhaammern. Nicht im ohnmächtigen Dahinvegetieren, in der Verneinung des gesamt-solidarischen Handelns sich erschöpfen, sondern aus dem wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis Schlussfolgerungen ziehen und sie im Interesse der Arbeitnehmererschaft zur Auswirkung verhelfen. Das bringt die Vernunft zur Anwendung, das schafft Vertrauen und damit Kraft. Eine solche Kraft in Gewerkschaften aufgespeichert, bei allen wirtschaftlichen und politischen Ereignissen in die Waagschale geworfen, zwingt auch ein System zu Boden, das jahrhundertlang zur Knechtung einer freien Menschheit wurde.

J. H.

Die gesetzliche Regelung des Urlaubs in einzelnen Ländern

Nach der amtlichen Statistik des Reichsarbeitsministeriums hatten am 1. Januar 1929 in Deutschland 97,8 Proz. (95,8 Proz. im Jahre 1928) aller durch Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer (etwa 12 Millionen) Anspruch auf einen bezahlten jährlichen Urlaub. Die Mindest- und Höchstdauer des Urlaubs ist in diesen Gesamtarbeitsverträgen verschieden festgesetzt und ist in den einzelnen Berufen sehr mannigfaltig. In den meisten Verträgen ist für die Urlaubsdauer das Alter des Arbeitnehmers und die Dauer seiner Berufstätigkeit und die Zugehörigkeit zu dem Unternehmen, in dem er beschäftigt ist, maßgebend.

So erfreulich hoch die obengenannte Prozentzahl zunächst erscheinen mag, so ist doch zu berücksichtigen, daß durch diese Statistik nur etwa die Hälfte aller deutschen Arbeitnehmer erfaßt wird. Die von den Tarifverträgen nicht berührten Arbeitnehmer werden nur selten in den Genuß eines bezahlten Urlaubs kommen. Da sind die Arbeitnehmer der Länder besser daran, die einen gesetzlichen Anspruch auf einen bezahlten Jahresurlaub haben.

Es gibt bis jetzt drei Länder, in deren Gesetzgebung ein Anspruch auf einen bezahlten Urlaub für alle Arbeitnehmer verankert ist, und ein Land, die Tschechoslowakei, wo wenigstens eine wichtige Arbeitnehmerkategorie, die Grubenarbeiter und Bergbauangestellten, einen gesetzlichen Anspruch auf einen bezahlten Urlaub haben. Außerhalb Europas hat nur der Angestellte in Chile einen gesetzlichen Urlaubsanspruch.

Oesterreich schuf als erstes Land einen gesetzlichen Urlaubsanspruch, und zwar für die Arbeiter schon durch ein Gesetz vom 30. Juli 1919. Für die Angestellten ist der Urlaub im Angestelltengesetz vom 11. Mai 1921 geregelt. Arbeiter erhalten bis zum vollendeten fünften Dienstjahr einen achttagigen bezahlten Urlaub in jedem Jahr und nach 5jähriger Dienstzeit einen solchen von 14 Tagen. Ein Angestellter, dessen Dienstzeit sechs Monate ange dauert hat, erhält alljährlich 2 Wochen Urlaub. Nach 5jähriger Dienstzeit erhöht sich der Urlaubsanspruch auf 3 Wochen, nach 10jähriger Dienstzeit auf 4 Wochen und nach 25jähriger auf 5 Wochen. Wenn das Dienstverhältnis mindestens zwei Jahre bei demselben Arbeitgeber besteht, so ist dem Angestellten auch die bei einem anderen Arbeitgeber im Inlande verbrachte Arbeitszeit als Angestellter oder Arbeiter anzuzurechnen, sofern sie in jedem Falle mindestens sechs Monate gedauert hat.

Polen folgte dem österreichischen Beispiel bald durch ein besonderes Urlaubsgesetz vom 16. Mai 1922. Dieses Gesetz gewährt den Arbeitern in Industrie und Handel, die mindestens ein Jahr bei demselben Arbeitgeber tätig waren, jährlich einen entlohnten Urlaub von 8 Tagen. Bei dreijähriger ununterbrochener Beschäftigung in demselben Unternehmen verlängert sich dieser Urlaub auf 15 Tage. Bei Angestellten beträgt der entlohnte Urlaub nach halbjähriger Tätigkeit 14 Tage, nach einjähriger einen Monat. Krankheit und Unglücksfälle gelten nicht als Unterbrechung der Arbeit.

In **Rumänien** ist nach dem Gesetz vom 28. März 1929 über den Arbeitsvertrag allen Arbeitnehmern ein bezahlter Jahresurlaub zu gewähren. Er beträgt nach dem ersten Dienstjahr 7 Tage und steigt nach dem zehnten Dienstjahr auf 14 Tage. Für jedes Dienstjahr über das zehnte hinaus wird ein weiterer Urlaubstag bis zur Höchstdauer von 30 Tagen gewährt. Diese gesetzliche Regelung gilt im allgemeinen nur für die Arbeiter,

während die Angestellten durch Einzel- oder Gesamtvertrag einen längeren Urlaubsanspruch haben.

Die **Tschechoslowakei** schuf ein Urlaubsgesetz vom 1. Juli 1921 nur für ihre Arbeitnehmererschaft in den Bergwerken. Der gesetzliche Urlaub beträgt für die Bergarbeiter nach 1- bis 5jähriger Dienstzeit 5 Tage, nach 5- bis 10jähriger 7 Tage, nach 10- bis 15jähriger 10 Tage und nach einer Dienstzeit von mehr als 15 Jahren 12 bezahlte Urlaubstage.

Chile gewährt den Angestellten einen bezahlten Urlaub durch Gesetz vom 11. November 1925. Der Urlaub ist 15 Tage nach mehr als einjähriger Tätigkeit bei demselben Arbeitgeber.

In den vorstehend genannten Ländern ist der bezahlte Urlaub gesetzlich verankert. Aber auch in anderen Ländern schreitet der Gedanke der gesetzlichen Regelung des Urlaubs weiter fort.

In **Belgien** wurden in der letzten Zeit von zwei Gewerkschaftsrichtungen der Abgeordnetenkammer zwei Gesetzentwürfe betr. den bezahlten Urlaub unterbreitet. Der erste Entwurf sieht einen bezahlten Urlaub von mindestens sechs Tagen für diejenigen Arbeitnehmer vor, für die keine besondere Urlaubsvereinbarung gilt. Außerdem ist für gewisse Gewerbebezüge oder in Fällen, in denen die wirtschaftliche Lage dies gestattet, die Erhöhung des Urlaubs auf 10 Tage vorgesehen. Der zweite Entwurf will das Gesetz über den Arbeitsvertrag durch eine Vorschrift vervollständigen, mit der den Angestellten ein bezahlter Urlaub gewährleistet werden soll.

In **Frankreich** hat der Kammerausschuß für Arbeitsfragen einen günstigen Bericht über den neuen Gesetzentwurf über den bezahlten Jahresurlaub erstattet, der sich auf einen 1925 vom Arbeitsminister eingebrachten Entwurf und einen 1928 von zwei Abgeordneten eingebrachten Antrag aufbaut. Er wurde dahin abgeändert, daß Arbeitern, die eine Auszeichnung empfangen haben, und Kindern unter 16 Jahren während der ersten zwei Jahre nach ihrem Abgang von der Schule ein längerer als der gewöhnliche Urlaub zustehen soll. Auch der Ausschuß für Handels- und Gewerbefragen und der landwirtschaftliche Ausschuß haben sich zustimmend geäußert. In einer von mehreren Abgeordneten vorgelegten Entschließung wird die Regierung gebeten, die Gesetzesvorlage über die Urlaubsfrage zur Abstimmung zu bringen.

In **Schweden** hat die Regierung Anfang 1931 der gesetzgebenden Körperschaft einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Abänderung des Arbeiterschutzes von 1912 vorgelegt. Dieser enthält u. a. Vorschriften über einen bezahlten Urlaub von mindestens vier Arbeitstagen. Dorthin hatte das schwedische Arbeitsministerium eine Erhebung über den bezahlten Urlaub veranstaltet. Diese hat ergeben, daß Ende 1928 genau 77,8 Proz. der Arbeitererschaft, die unter Tarifverträgen arbeiten, Anspruch auf einen bezahlten Jahresurlaub hatten. 1929 haben einige weitere Arbeitergruppen dasselbe Recht erlangt, so daß gegenwärtig über 80 Proz. aller Arbeiter einen bezahlten Jahresurlaub haben. Wie übrigens die Erhebung gezeigt hat, handelt es sich bei jenen Personen, denen kein Urlaub zusteht, hauptsächlich um Saisonarbeiter. Die Dauer des Jahresurlaubs schwankt zwischen vier Tagen und zwei Wochen oder mehr.

In der **Schweiz** wurde durch zwei Maßnahmen des Bundes ein bezahlter jährlicher Urlaub für die in Frage kommenden Arbeitnehmer vorgesehen. Das Bundesgesetz vom 26. Juni 1930 über

die technische Ausbildung schreibt einen bezahlten jährlichen Urlaub von wenigstens einer Woche für alle Lehrlinge vor. Die Verordnung über die Löhne und den Urlaub der Arbeiter in den Bundeswerkstätten und Betrieben der Bundesbahnen sieht für alle unter das Fabrikgesetz fallenden Arbeiter, die vom Gesetz vom 6. März 1920 über die Arbeitszeit im Transportgewerbe nicht erfasst werden, einen bezahlten jährlichen Urlaub vor.

Neuseeland ist neben Chile das zweite Land, das außerhalb Europas den gesetzlichen bezahlten Urlaub einführen will. Nach einem im Parlament eingebrachten Gesetzentwurf sollen Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, die ein Jahr im Dienste desselben Arbeitgebers gestanden haben, einen bezahlten Jahresurlaub von 14 Tagen erhalten.

Internationale Regelung. Nachdem der entlohnte Urlaub in einigen Ländern durch Gesetz vorgeschrieben und in anderen Ländern in Kürze gesetzlich vorgeschrieben werden wird, ist es erklärlich, daß die Internationale Arbeitsorganisation und das Internationale Arbeitsamt sich wiederholt mit dieser Frage beschäftigt haben. Es sind wiederholt Anträge gestellt worden, diese Frage auf die Tagesordnung einer der Internationalen Arbeitskonferenzen zu stellen. Bereits 1919 hatte auf der Washingtoner Konferenz die schwedische Regierungsdelegation diesen Wunsch ausgesprochen. Seither wurde die Frage wiederholt von den Regierungs- und Arbeitnehmervertretern im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes aufgeworfen. Noch im Februar 1930 beehrte die Verwaltungsrat sie als eine jener Fragen, die geeignet erschienen, demnächst auf die Tagesordnung gebracht zu werden. Doch wurde sie für die Tagesordnung des Jahres 1931 noch nicht in Betracht gezogen. Auch wurde sie von der zunächst in Aussicht genommenen Tagesordnung des Jahres 1932 zugunsten der Beratung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zurückgestellt. Gleichwohl ist anzunehmen, daß ihre Aufnahme auf die Tagesordnung einer der nächsten Internationalen Arbeitskonferenzen nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Dr. Wilhelm Wolff.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Parteiausschuss und Reichstagsfraktion der S.P.D. faßten Richtlinien und Beschlüsse, in denen u. a. von der Reichsregierung mehr Energie zum Schutze der Verfassung verlangt und weitere Lohn- und Gehaltssteigerungen abgelehnt werden. Dadurch ist eine neue politische Situation entstanden.

Kein Tag ohne schlimmsten Naziterror. In Eidenborf bei Schönebeck fielen am Spätabend des 25. November Nazikolonnen in Stärke von 40 bis 80 Mann einzelne Leute an, die aus einem Kino gekommen waren. Acht Männer und eine Frau wurden niedergeschlagen und niedergestochen, darunter der Amtsvorsteher Klingenstein und der Lagerhalter Seiler, die schwerverletzt ins Schönebecker Krankenhaus gebracht wurden. — Der stellvertretende Nazi-Bürgermeister von Gütin ließ das Verteilungsbüro des Reichsbanners und der S.P.D. ohne Grund schließen. — Der „Bayerische Kurier“ teilt mit, daß das Ingalokäuter Hitler-Blatt die Köpfe derjenigen Personen mit Namen nennt, die in Würzburg zuerst rollen werden. — Nach der großen Reichsbannerkundgebung am 2. Dezember im Berliner Sportpalast fiel in der Flensburger Straße eine Naziforße über einige Reichsbannerleute her. Der Polizeimajor Lewitz, der die Nazis begünstigte und vorher schon den Ministerialrat Knoener hatte verhaften lassen, wegen eines Hochs auf den Ministerpräsidenten Brauns, ist nach Gleichwitz strafverurteilt worden. — In München wurde am 5. Dezember der Redakteur Gruber von der „Münchener Post“ auf der Straße von zwei Männern zu Boden geschlagen und schwer verletzt.

Die Wahlen zum Landesparlament und zu den Gemeinderäten in Birkenfeld brachten den Nationalsozialisten einen starken Stimmengewinn, während S.P.D. und S.F.P. zusammen genommen ihre Stimmenganzheit vom Mai dieses Jahres behaupteten. K.P.D., Zentrum und Staatspartei hatten schwachen Stimmzuwachs, die übrigen Parteien hatten starke Stimmenverluste.

Das englische Pfund, das eine Goldparität von 20,40 Mk. hat, fiel in der vorigen Woche bis auf 13,45 Mk. Die Paul von Frankreich hat durch den Pfundsturz einen Verlust von etwa 2/3 Milliarden Franken erlitten.

Die österreichische Währung ist durch ungeheurer starken Rückgang des Exports zerrüttet. Die deutsche Reichsbank löste in der vergangenen Woche zwar noch Schillinggebühren mit 50 Pf. ein, notierte aber keine Schillingnoten mehr.

Einem monarchistischen Putschplan in Ungarn kam die Polizei am 30. November auf die Spur, den sie unterdrückte. Der Plan glich dem der Nazis von Hesse.

Bei weiterem Goldverlust aber steigendem Devisenbestand der Reichsbank sank die Notendeckung auf 25,3 Proz.

Schweiz gegen Altersversicherung. Bei der Volksbefragung wegen Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung

wurde am 6. Dezember das Gesetz mit 501 000 gegen 338 000 Stimmen abgelehnt.

Die Löhne auf den Stand von Januar 1927 herabzudrücken, verlangte eine Deutschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Große Kundgebungen des Reichsbanners gegen die Filterei fanden an vielen Orten Deutschlands statt.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 131,9 gegenüber 133,1 im Vormonat. An dem Rückgang sind beteiligt Ernährung und Bekleidung. Die Indexziffer für Ernährung sank um 1,3 Proz. auf 121,8, die für Bekleidung um 1,7 Proz. auf 131,9 und die für „Sonstigen Bedarf“ um 0,5 Proz. auf 181,5. Die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert und die für Heizung und Beleuchtung ist mit 149,0 nahezu unverändert geblieben.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Straßer will Krieg und Bürgerkrieg. In einer Versammlung in Stuttgart hielt Gregor Straßer, nächst Hitler die maßgebendste Persönlichkeit der Hitlerpartei, eine wüste Heßrede, in der folgende Sätze vorkamen:

„Wann wir zur Macht kommen? Vielleicht am 23. Februar, wenn der Reichstag wieder einberufen ist, vielleicht vorher schon bei einer Regierungskrise, vielleicht erst nach der bestimmt erfolgten Abrüstungskonferenz. Mit heißester Sehnsucht erwarten wir den Sturz Brünnings, der unbedingt und auf jedem irgendwie möglichen Wege in nächster Zeit erreicht werden muß. Deshalb und solange bleibt auch die Harzburger Front bestehen. Was dann? Wir gehen in keine Regierung, wenn wir nicht das Heer und die Polizei in unsere Hände bekommen. Dann wollen wir dem deutschen Volke einmal etwas vorerzieren. Wir wollen die legale, aber die Bruchialgewalt im Staat, deshalb, weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre Dinge machen müssen. Wer nicht gehorcht, wird sehen, was mit ihm geschieht. Wir werden zeigen, was man mit der Presse und vor allem mit dem Rundfunk machen kann, wenn man die tausend Möglichkeiten der Regierungsgewalt in Händen hat. Wir werden die stärksten Beschützer des Privateigentums sein und möglichst wenig in die Wirtschaft hineingreifen, sondern jeden Unternehmer frei schalten lassen, der nicht gegen das allgemeine Interesse verstößt. Marginalen und demokratische Republikanergibt es, wenn wir regieren, nicht mehr. Wir werden ihnen einige Zeit zum Umlernen lassen. Wer sich zu irgendeiner Internationalen bekennt, hört auf, Deutscher zu sein, und wer etwa „heil Moskau“ rufen sollte, wird aufgehängt. Komme uns ja keiner, wenn wir die Macht haben, mit Mitleid. Wenn wir regieren, kommt der Erdampf; wenn wir verjagen, kommt der Volkswind. Das wissen wir. Und weil wir wissen, daß dann wir gehen werden,

sind wir so frei, vorher zu senken, und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen um Deutschlands willen, so haben wir es haben wollen. Entweder leben und befehlen wir, oder die anderen, dann krepieren wir.“

Außenpolitisch will Straßer den Kampf gegen Frankreich und die Allianz mit allen Gegnern der Franzosen.

„Darum wollen wir uns Rader. Wenn Frankreichs Macht wankt, werden wir die deutsche Volkskraft organisieren, um die Entwicklung im Kampf gegen Frankreich zu beschleunigen. Eine Verständigung mit Frankreich ist Wahnsinn. Es gibt nur Krieg mit Frankreich.“

Wenn ein Sozialdemokrat oder Kommunist solche Rede hielte, würde ihn der Staatsanwalt ebenso laufen lassen wie diesen Nazi, und sind nunmehr die Sozialdemokraten noch immer der Hauptfeind der Kommunisten?

Aus unserer Bewegung

Nürnberg. Der Vorsitzende unserer Filiale, Kollege Oswald Holke, kann am 16. Dezember 1932 sein 25jähriges Jubiläum als Filialvorsitzender feiern. Die Filiale Nürnberg des früheren Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes wurde am 14. Oktober 1900 gegründet. Mancherlei Sturm- und Drangzeit hatte sie zu überstehen und als eine Sondergründung des „Süddeutschen Gemeindearbeiter-Verbandes“ durch Hassel erfolgte, war es Holke, der dem alten Verband über die ersten Schwierigkeiten hinweghalf. Nach der Zerspaltung verblieben nur 86 Mitglieder der Filiale, 1910 waren es bereits wieder über 800 und heute zählt der Gesamt-Verband über 3000. Kollege Holke wurde 1910 als Ortsbeamter gewählt. Er vollzieht auch heute noch in voller Rüstigkeit seine mannigfaltigen und schwierigen Aufgaben, die durch die Not unserer Zeit wahrlich nicht leichter geworden sind. Unserem Kollegen Oswald senden auch wir die herzlichsten Glückwünsche!

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Wie kommen wir aus der Not heraus?

Wir haben eine unbändige Wut, weil man schon wieder die Löhne kürzte. Eine Wut, die uns bis zum Halse steht; eine Wut, die sich erleichtern würde, wenn wir zu Lohnverhandlungen mit einem anständigen Knüttel gingen und den Herren, die Löhne abbauen wollen, einmal gehörig etwas aus der sogenannten Armeekasse auszahlen würden. Hei, wie würden wir den Herren zeigen, was es heißt, mit 35 Mk. pro Woche auszukommen. Die ganze Lohnverhandlung wäre erledigt, kein Wort mehr vom Lohnabbau. Nicht wahr, Kollegen, so ist doch unsere Wut? Uebrigens ist das kein Geheimnis, unsere Wut ist allen bekannt. Aber was tun unsere „Bonzen“? Sie verhandeln, verhandeln, verhandeln, stimmen zu, und rufen auf zu einer Werbeaktion, neue Mitglieder sollen gewonnen werden. Einen größeren Unsinn — so ist eure Ansicht — hätten sie wirklich nicht machen können! Und so seid ihr entschlossen, den „Bonzen“ die kalte Schulter zu zeigen und haut den ganzen Kram in die Ecke. Ihr macht einfach nicht mehr mit. Aber wo liegt eigentlich die Schuld?

Als Rußland Revolution machte, spaltete sich die deutsche Arbeiterbewegung wegen der Kriegskredite. Diese Spaltung war eine Dummheit, an der wir heute noch krankten. Als nämlich bei uns dann Revolution war, wollte die eine Richtung immer anders als die Gegenpartei. Um diesem Bruderkrieg ein Ende zu machen, sollte das Volk zum ersten Male nach dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung wählen. Hätten wir bei der Revolution eine einigere Arbeiterschaft gehabt, so hätten wir im Januar 1919 ohne Zweifel von den 28 Millionen Wählern mehr als 14 Millionen auf unserer Seite gehabt und wir hätten ganz allein regiert, ohne erst die anderen fragen zu müssen, ob ihnen das gefällt. Dann hätten wir bestimmt, wer den Krieg zu bezahlen hat, dann hätten wir gesagt, die Fürsten, ob ausgerückt oder nicht, kriegen keinen Pfennig Geld, die Generale auch nicht usw. hätte die deutsche Arbeiterschaft begriffen, was auf dem Spiele steht, hätte sie ihrer Vertretung im Reichstag die Mehrheit geben müssen, damit Gesetze in ihrem Sinne gemacht werden konnten. Ferner hätte sie ihre Gewerkschaften so stärken müssen, daß niemand die Gesetze umgehen konnte. Dann wäre es möglich gewesen, die Rationalisierung für uns nutzbar zu machen. So haben wir heute eine Reservearmee von 4 bis 5 Millionen, die schon jahrelang „generalfreistriekt“.

Manche Kommunisten stellen sich den Generalfreistrike so vor: „Aufruf zum Generalfreistrike! Wer nicht mitfreistriekt, weil er erst wissen will, wer ihm die Streiktage bezahlt, wird solange geprügelt, bis er mitfreistriekt.“ Das wird eine schöne Prügelei werden, derweilen wird es drunter und drüber gehen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder sagen die 4 bis 5 Millionen, die schon jahrelang „streiken“ müssen, diese Gelegenheit ist günstig, jetzt wollen wir wieder mal arbeiten, oder aber eine dritte Macht kommt und kommandiert: „Von morgen ab ist Ruhe, Straße frei!“ Diejenigen, die nicht mitfreistrieken wollen, weil sie sich noch nicht organisiert haben, sind leider noch die Mehrzahl, so daß es noch gar nicht feststeht, ob wir bei der Prügelei gewinnen.

Jetzt kommt die Frage nach Demokratie und Diktatur. Diktatur ist, wenn wenige über mehrere kommandieren wollen. Das wird dir, Kollege, wahrlich nicht gefallen, aber du darfst nichts sagen, selbst wenn der Diktator vorher dein Freund war. Er wird dir schon sagen, wer zu bestimmen hat und was richtig ist. In Italien und Rußland ist das so. Demokratie hingegen ist, wenn du sagen kannst, was dir nicht gefällt und du die Regierung zum Teufel jagen kannst, die verkehrt regiert. Daß es sich unter einer Demokratie viel besser leben und arbeiten läßt, als wenn dir dauernd einer mit dem Revolver droht, dürfte doch kein Zweifel sein. Jede Diktatur, ob links oder rechts, ist ein Uebel, weil sie die Freiheit vernichtet. Daß die Demokratie siegen kann, wirst du bei der Betrachtung der Wählerzahlen zur Nationalversammlung nicht abstreiten können. Und diese Demokratie müssen wir verteidigen. Wenn es uns gelingt, unsere Organisationen nicht nur zu halten, sondern noch zu stärken, wird auch der Kapitalismus gezwungen werden, sich mit uns zu verständigen. Wer bei diesen Friedensverhandlungen die erste Geige spielt, hängt von unserem Willen ab und von der Macht, die wir uns durch unsere Organisationen schaffen.

Vor dem Kriege haben wir unsere Kollegen im Betriebe gefragt: „Bist du organisiert, willst du mit uns am gleichen Strang ziehen?“ Wir müssen das wieder tun, jeder, du und du, wir alle.

Jeden, der uns fernsteht, müssen wir gewinnen. Wenn er aber brüllt: „Nieder mit den Bonzen!“ und nichts weiter weiß, als von „hohen Gehältern“ zu reden und uns so immer wieder in den Rücken fällt, allen vernünftigen und sachlichen Argumenten unzugänglich ist, dann müssen wir ihn wie vor dem Kriege links liegen lassen, denn er erntet, wofür wir unseren wöchentlichen Beitrag Jahr für Jahr geopfert haben. Auch er erhebt Anspruch auf unseren Tariflohn und stärkt den Kapitalismus, der heute gegen die Tarife mit aller Macht anrennt. Darum klar die Dinge erkannt, hinein mit den Außenstehenden in unsere Reihen. Nur eine verstärkte Organisation führt uns aus der Abwehr wieder zum Angriff.
Paul Mewes, Magdeburg.

Zu dem Artikel: „Die Arbeitslosen-Siedlung“

in Nummer 44 der „Gewerkschaft“: Ich stimme mit dem Kollegen L. überein, wenn er die gärtnerische Stadtrand-Siedlung in dem von Professor R. Wilbrandt geforderten Ausmaße ablehnt. Um auf 2 bis 4 Morgen großen gärtnerischen Siedlungen leben zu können, gehört eine ganz intensive Bearbeitung und damit genaue Fachkenntnis zu den Voraussetzungen, die ihm das ermöglichen. Des weiteren spielen die Bodenverhältnisse, das Klima, die Abjaßform (am besten genossenschaftlich) eine große Rolle. Man wird also diese Siedlungsform nur bis zu einem gewissen Ausmaß antreiben können. Um uns von ausländischer Einfuhr möglichst freizumachen, ist eine Qualitätssteigerung der gärtnerischen Produktion notwendig, und die ist besonders auf dem Gebiete des Obstmarktes nicht von heute auf morgen zu erreichen. So wird also diese Siedlungsform nur langsam eine Linderung des Arbeitslosenlebens bringen. — Die Kleingarten-Siedlung von 400 bis 500 Quadratmeter Größe kann man ohne weiteres bejahren. Doch spielen hier die Verkehrsmöglichkeiten zur Arbeitsstätte eine große Rolle. Ich bedaure nur, daß Kollege L. nicht ausführlich zur Form der ländlichen Siedlung Stellung genommen hat. Wir führen für über 4 Milliarden Mark Lebensmittel aus dem Auslande ein, von denen wir wenigstens für 3 Milliarden im Inlande erzeugen können. — In Ostdeutschland liegen große Ländereien brach. Die Großwirtschaften werden infolge Verschuldung nicht mehr intensiv bewirtschaftet. Hier ist Raum ohne Volk. In Mecklenburg wohnen 30 bis 40 Menschen auf dem Quadratkilometer, in Sachsen dagegen über 300. In den Industriezentren, vor allem Westdeutschlands, sitzt das arbeitslose Proletariat ohne Hoffnung, jemals wieder in der Industrie Beschäftigung zu finden. Selbst bei Steigerung des Bedarfs wird die fortschreitende Technik den Arbeitsmarkt nur schwach entlasten, trotz Arbeitszeitverkürzung und sonstiger Maßnahmen. Hier heißt es also neue Nahrungs- und Erwerbsstätten schaffen. Das heimatlose Proletariat vom Asphalt der Großstädte muß zurück aufs leere Land zur Scholle, 30 bis 60 Morgen große Bauernwirtschaften, Siedlung in Dorfgemeinschaften zwecks genossenschaftlicher Zusammenarbeit sind zu schaffen. Diese Aufgabe muß, wenn sie gelingen soll, ganz großzügig angefaßt werden. Vor allem muß sie als Aufbau-Siedlung billig hergestellt werden. Siedlungen, die mit 35 000 Mk. belastet sind, sind ein Unding. Darum fordere ich zur Durchführung der Ost-Siedlung den Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes. Jeder Arbeitsfreiwillige muß sich durch seine Arbeit eine Siedlung erwerben können. Es muß auf diesem Wege gelingen, die Wirtschaft in Gang zu bringen. Auf alle Fälle ist dieser Weg auch von gewerkschaftlicher Seite einer Prüfung wert. — Zu den Bedenken, die auch von dieser Seite gegen den Arbeitsdienst gebracht werden, sei daran erinnert, daß auch Bebel den Arbeitsdienst (allerdings für jedermann) in seiner Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ grundsätzlich bejaht hat. Wir können es uns nicht leisten, das beste Kapital, was wir haben, unsere Arbeitskraft, brachliegen zu lassen. Wir müssen endlich einmal unsere Sozialversicherung produktiv einsetzen, um durch die Siedlung, durch den Arbeitsdienst ihre langsame Entlastung herbeizuführen. Geschähe das nicht, so muß sie eines Tages zusammenbrechen. Lohnhöhe und Arbeitslosen- bzw. Sozialversicherungen sind durch nichts mehr gefährdet, als durch die hohe Erwerbslosenzahl. Letztere zu beseitigen, muß eines jeden höchstes Ziel sein. Ich glaube, daß es sich die Gewerkschaften nicht leisten können, beiseite zu stehen, sondern jeden sofort gangbaren Weg unterstützen müssen, auf dem man diesem Ziele näher kommt.

Walter Röntsch, Falkenrehde.

Energischer Protest gegen weitere Lohn- und Gehaltsenkung

Bei Redaktionschluss wird uns folgender Brief des Vorsitzenden des ADGB, Kollegen Leipart an den Reichskanzler bekannt:

„Aus der Unterredung, die auf Ihren Vorschlag meine Kollegen am Sonnabend mit dem Herrn Reichsarbeitsminister hatten, ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die bevorstehende Notverordnung eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung bringen soll, dergestalt, daß an einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Ausschaltung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.“

Gegen solche Absichten erheben wir in letzter Stunde nochmals entschiedensten Protest. Wir warnen die Reichsregierung, den Weg der Lohnsenkung noch weiter zu gehen und wir protestieren insbesondere gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht. Die voraussehbaren Folgen, die sich hieraus ergeben müßten, wird auch die Regierung nicht tragen können; wir erklären schon heute, daß wir jegliche Verantwortung ablehnen.“

RUNDSCHAU

Die Offenlegung der Steuerlisten. Die deutschen kapitalkräftigen Kreise wenden sich gegen die Offenlegung der Steuerlisten immer mit dem Hinweis, daß dadurch der deutsche Kredit geschädigt werde und die Kapitalflucht begünstigt wird. In Ausführung eines Reichstagsbeschlusses vom Jahre 1929 legt jetzt der Reichsfinanzminister eine Denkschrift über die Offenlegung der Steuerlisten im Auslande vor, wo man das Gegenteil davon feststellen kann. Nach den Feststellungen dieser Denkschrift ist die Offenlegung der Steuerlisten in den meisten europäischen Staaten verbreitet. In 24 Staaten gibt es heute eine völlige oder teilweise Offenlegung. England legt seine Einkommensteuer offen, Frankreich die Einkommensteuer, Italien, Schweden und Norwegen legen nahezu alle Steuern offen. In Oesterreich erstreckt sich die Offenlegung auf die Einkommen-, Vermögen- und Erwerbssteuer. Ähnlich in der Tschechoslowakei und Ungarn. In den meisten Ländern kann jedermann in die Steuerlisten einsehen, in einigen Ländern nur ein beschränkter Kreis von Personen. In den Vereinigten Staaten besteht die teilweise Offenlegung. Doch der wichtigste Teil der Denkschrift ist die Schlussfolgerung, die aus dem Ergebnis gezogen wird. Die Erfahrungen mit der Offenlegung der Steuerlisten werden von den meisten Ländern günstig beurteilt. Die Länder äußern sich dahin, daß sie sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Auch der Ertrag der Steuern hätte sich gesteigert. Ein Konkurrenzkampf der Geschäftsleute auf Grund der Offenlegung, was in Deutschland immer behauptet wird, hat sich nicht ergeben, auch ein Denunziantentum ist dadurch nicht gezeitigt worden. Im Gegenteil, wo die Offenlegung seit Jahren besteht, kümmert sich die Bevölkerung sehr wenig um die Listen, niemand sieht aus Neugierde hinein oder um einen anderen zu denunzieren. Die Erfahrungen der anderen Länder stellen ausdrücklich in Abrede, daß die Kapitalflucht begünstigt und der Kredit geschädigt wird.

Ist die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei gewerkschaftsfeindlich? Der „Dölkische Beobachter“ ärgert sich über Meyers Legikon, das die Nazis als gewerkschaftsfeindlich bezeichnet. Dazu sagt das Leib- und Magenblatt Hitlers:

„Die Behauptung, der Nationalsozialismus sei gewerkschaftsfeindlich, kann man noch als einen, einer Legikonredaktion allerdings schwer zu verzeihenden Irrtum gelten lassen. Gerade weil dieser Vorwurf ständig in der übelsten marxistischen Hegepresse gegen die NSDAP. erhoben wird, hätten ihn die Herren mit ganz besonders großer Vorsicht behandeln müssen. In Wirklichkeit bekämpft die NSDAP. selbstverständlich nicht die wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der Gewerkschaften, sondern nur deren Mißbrauch für die parteipolitischen Zwecke des Zentrums und des Marxismus sowie auch ihre eigennützige, ungeeignete und unfähige Führung. Sie anerkennt die Notwendigkeit und die Daseinsberechtigung der Gewerkschaften, die nach entsprechender Umgestaltung auch im Dritten Reich fortbestehen werden.“

Danach sind angeblich die Nazis für Gewerkschaften, die wirtschaftliche und soziale Aufgaben erfüllen. Diesen Aufgaben haben sich aber die freien und auch die christlichen Gewerkschaften, die beide der „DB.“ in seiner Phrasenologie meint, stets zugewandt. Sie bedürfen also keiner Umgestaltung, am allerwenigsten durch die Nazis. In Wirklichkeit will aber der „große“ Adolf aus den Gewerkschaften Organe für seine Partei machen (also dasselbe tun, was er Zentrum und Marxismus vorwirft) und da die Hitler-Partei im Solde der Unternehmer steht, würden die Gewerk-

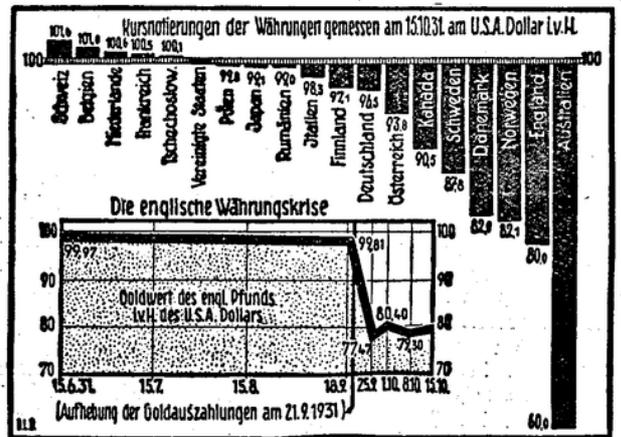
schaften auf die Stufe der Gelben herabzinken. Sie würden also überhaupt keine Gewerkschaften mehr sein, weder jetzt noch im Dritten (faschistischen) Reich. Meyers Legikon hat also durchaus recht, wenn es sagt, daß die Nazi-partei die Gewerkschaften ablehnt.

Subventionskapitalisten. Die Hergabe von Steuermitteln für die Sanierung halbverkrachter Unternehmen wächst sich allmählich zu einem großen Skandal aus. Das Unternehmertum handelt geradezu unverantwortlich, und die Reichsregierung unternimmt leider nichts, was geeignet ist, dem Subventionskandal ein Ende zu machen. Viele Unternehmer können ihren luxuriösen Aufwand nur deshalb führen, weil das Reich bei der Subventionierung der Betriebe eine geradezu unbegreifliche Unbekümmertheit walten läßt. Die „Frankfurter Zeitung“, die doch gewiß nicht als „marxistisch“ angesprochen werden kann, schrieb über den Subventionskandal kürzlich folgendes:

„Fast täglich treten an uns Berichte heran, die mit Befremden konstatieren, wie läppiges Leben insolvente Unternehmer und gescheiterte Konzernkönige noch zu führen in der Lage seien. Persönlichkeiten, die ihren Gläubigern Millionenbeträge schuldig geblieben sind oder als Leiter von Aktiengesellschaften an der Herbeiführung von Konzernskandalen aktiv mitgewirkt haben, werden bald in erstklassigen Restaurants, bald auf teuren Theaterplätzen gesehen, oder man weiß, daß sie noch wie vor in der Lage sind, pompöse Haushaltungen in schloßartigen Villenkomplexen aufrechtzuerhalten. Mit welchen Mitteln führen die Leute ein solches Leben? Hier offenbart sich eine gar nicht ernst genug zu nehmende Entartung des Systems, einer Entartung, die mit der Entwicklung zum Subventions- und Liebesgabendkapitalismus aufs engste zusammenhängt. Es kommt anscheinend nicht mehr darauf an, wer sich bewährt; wer einmal auf der Unternehmerseite steht, der glaubt sich materiell bevorrechtigt für alle Zeiten. Ganz offen trägt man eine unangemessene Lebenshaltung zur Schau. Ohne derartige Entartung der Anschauungen über die Unternehmerverantwortlichkeit wäre es, nebenbei bemerkt, auch kaum denkbar, daß im neuen Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung ein Industrieller säße, dessen berlinisches oder schlesisches Unternehmen nur durch das Entgegenkommen der Banken und die Subventionen der Regierung vor dem Konkurs bewahrt worden und noch heute als lebensunfähig anzusehen ist.“

So wirtschaftet das Unternehmertum. Nicht nur, daß man sich an der Kapitalflucht beteiligt und damit Deutschland finanziell ruiniert, sondern man scheut sich auch nicht, mit den aus allgemeinen Steuermitteln erhaltenen Subventionen ein üppiges Leben zu führen. Das sind „nationale“ Männer, die wie die Lahulens sicherlich in der nationalen Bewegung eine Rolle spielen. Man entblödet sich nicht, täglich in gemeinfter Art und Weise denselben Staat zu beschimpfen, der ihnen so großzügig die Mittel zu ihrem mit der Not in schreiendem Widerspruch stehenden Leben gewährt.

Kursnotierungen der Währungen. Nachdem Oesterreich, Deutschland und Großbritannien durch die Fehlverteilung des Goldes aufs schwerste in ihrer wirtschaftlichen Stabilität bedroht wurden, ist der Kampf um das Gold in eine neue und vielleicht entscheidende Phase eingetreten. Wachsende Goldabzüge aus New York veranlaßten die Bank von New York, ihren Diskontsatz zu erhöhen, jedoch ist für die Währung der Vereinigten Staaten sowie Frankreichs nichts zu befürchten, da der Goldbestand dieser Länder höher ist als die Summe aller kurzfristigen Auslandskredite. In dieser glücklichen



Lage sind aber nur diese beiden Staaten, während fast alle anderen Nationen in einem schweren Kampfe für die Erhaltung der Stabilität ihrer Währungen stehen. Deutschland muß auf jeden Fall die Goldwährung behaupten, schon deswegen, weil die deutschen Auslandsverpflichtungen zum größten Teil auf der Goldbasis gegeben wurden. Die kleinen Schwankungen des deutschen Marktkurses in New York sind durch das Stillhalteabkommen und die Vorgänge auf dem Kreditmarkt zu erklären.